



| | | | | | | |
|------|-------------|------|------|------|------|------|
| 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|------|-------------|------|------|------|------|------|

Geschäftsbericht 2006

Sozialdepartement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialdepartement

| | | |
|------------|---|------------|
| 1. | Vorwort | 307 |
| 2. | Legislaturziele und Jahresschwerpunkte | 308 |
| 3. | Kennzahlen Departement | 309 |
| 4. | Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen | 310 |
| 4.1 | Zentrale Verwaltung | 310 |
| 4.1.1 | Aufgaben | 310 |
| 4.1.2 | Jahresschwerpunkte | 310 |
| 4.1.3 | Spezifische Kennzahlen | 312 |
| 4.2 | Support Sozialdepartement | 312 |
| 4.2.1 | Aufgaben | 312 |
| 4.2.2 | Jahresschwerpunkte | 312 |
| 4.2.3 | Spezifische Kennzahlen | 314 |
| 4.3 | Laufbahnzentrum | 316 |
| 4.3.1 | Aufgaben | 316 |
| 4.3.2 | Jahresschwerpunkte | 316 |
| 4.3.3 | Spezifische Kennzahlen | 316 |
| 4.4 | Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV | 319 |
| 4.4.1 | Aufgaben | 319 |
| 4.4.2 | Jahresschwerpunkte | 319 |
| 4.4.3 | Spezifische Kennzahlen | 321 |
| 4.5 | Soziale Dienste Zürich | 323 |
| 4.5.1 | Aufgaben | 323 |
| 4.5.2 | Jahresschwerpunkte | 323 |
| 4.5.3 | Spezifische Kennzahlen | 324 |
| 4.6 | Soziale Einrichtungen und Betriebe | 331 |
| 4.6.1 | Aufgaben | 331 |
| 4.6.2 | Jahresschwerpunkte | 331 |
| 4.6.3 | Spezifische Kennzahlen | 334 |
| 5. | Parlamentarische Vorstösse | 338 |

1. Vorwort



Der Stadt Zürich geht es gut; die wirtschaftliche Konjunktur steht auf sicheren Füßen. Das ist erfreulich. Aber hartnäckig hält sich in unserer Stadt – wie leider in allen europäischen städtischen Zentren – die Langzeitarbeitslosigkeit und mit ihr die hohe Rate von Menschen, die kein eigenes existenzsicherndes Einkommen generieren können. Auch wenn sich die Wachstumsrate 2006 etwas flacher gestaltete, sie ist und bleibt hoch: Über 9000 Sozialhilfefälle werden gezählt, was ca. 15 000 Personen entspricht. Und was besonders alarmierend ist: Jeder zehnte junge Mensch landet über kürzere oder längere Zeit in der Sozialhilfe.

Berufliche Integration nach der Schule, nach der Lehre, nach einer Krise oder Krankheit oder auch nach Entlassungen aus Gründen von Technologieentwicklung und Restrukturierungen ist im heutigen dynamischen und anforderungsreichen Arbeitsmarkt nicht so einfach und problemlos zu bewerkstelligen. Es braucht Hartnäckigkeit, Motivation, Qualifikation in einem Mass, wie sie nicht mehr allen Menschen a priori zur Verfügung stehen. Der Arbeitsmarkt wirkt für viele Menschen eher segregierend als integrierend.

In unserer Gesellschaft ist Arbeit aber der Integrationsfaktor. Wer arbeitet, ist akzeptiert, und man ist eher bereit, jenen Personen zu helfen, die sich bemühen. Das hat Tradition und

ist gemeinsame Solidaritätsgeschichte in unserer Kultur. Genau darum hat die SKOS, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, ihre Richtlinien zur Sozialhilfe auf die Integration in den Arbeitsmarkt ausgerichtet und damit die Kommunen beauftragt. Das ist für die Stadt Zürich eine Herausforderung. Hier ist der Arbeitsmarkt gut für bestens Qualifizierte, aber eng für Menschen, die nur teilleistungsfähig sind. Alle Qualifikationsmassnahmen dürfen darüber nicht hinwegtäuschen. Wir haben deshalb einen strategischen Entscheid getroffen: Der Ergänzende Arbeitsmarkt, der auf «Überbrückung», auf «Zusatzqualifikation», auf «Trainings» setzte, wird umgebaut. Künftig sollen Sozialfirmen, städtische und private Teillohnjobs anbieten für teilleistungsfähige Menschen. Damit ist eine Anstellung mit Sozialversicherungsanspruch gemeint; sie schafft wieder Rechte und ein Selbstbewusstsein, das stärkt. Nach oft Dutzenden von Malen, wo man gehört hat: «Sie genügen unseren Anforderungen nicht», ist es schon eine Hilfe, wenn jemand sagt: «Bei uns können sie kommenden Montag anfangen.»

Die Aufträge holen wir auf dem Markt – ungewöhnlich, provozierend. Ohne Allianzen mit dem Gewerbe, mit den Gewerkschaften und der öffentlichen Verwaltung ist es nicht zu schaffen. Gemeinsam aber sehr wohl. Die ersten Schritte sind gemacht – erfolgreich, zukunftsweisend.

Die Stadt Zürich hat so viele Pluspunkte; ich freue mich, dass mit der Strategie der Neuausrichtung der Arbeitsintegration ein weiterer dazugekommen ist. Er ist ein Lernprozess für alle, eine Herausforderung für alle – aber die Chancen stehen gut, dass er auch ein Erfolg für alle werden kann.

Stadträtin Monika Stocker
Vorsteherin des Sozialdepartements

2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

«Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit, Sicherheit»

Der Stadtrat hat mit diesem neuen Legislatorschwerpunkt ein wichtiges Zeichen für die Entwicklungschancen der jungen Generation gesetzt. Die Hauptziele lauten:

- Genügend geeignete Freiräume für Jugendliche, um nach eigenen Vorstellungen präsent und aktiv zu sein; Lösung von Nutzungskonflikten durch Aushandeln.
- Anschlusslösungen für alle Schul- oder Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger.
- Verstärkung der Sicherheit durch Vorbeugen und Grenzen setzen.

Bereits laufende Projekte und Massnahmen zu den drei Themen werden überprüft, nötigenfalls angepasst, weiter vorangetrieben und umgesetzt; bei Bedarf steht auch die Umsetzung neuer Massnahmen an (www.stadt-zuerich.ch, Legislatorschwerpunkte, Broschüre Stadtrat). Die enge, überdepartementale Zusammenarbeit haben Sozialdepartement, Polizeidepartement und Schul- und Sportdepartement durch die stadträtliche Dreier-Delegation und einen kleinen, aus Kadermitarbeitenden der Departemente zusammengesetzten Stab aufgenommen. Ein interdisziplinär zusammengesetztes Gremium mit Fachleuten aus der Verwaltung, kirchlichen und privaten Trägerschaften, Wirtschaft und Wissenschaft wird Ende erstes Quartal 2007 erstmals zusammenkommen.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Nachdem die Stimmberechtigten im Sommer 2005 sich deutlich für ein bedarfsgerechtes, qualitativ gutes und breit ge-

fächertes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung ausgesprochen hatten, hat das Sozialdepartement dem Gemeinderat einen umfassenden Massnahmenplan für die Betreuung im Vorschulalter vorgelegt. Dieser Massnahmenplan mit einer Perspektive bis ins Jahr 2010 setzt aufgrund der aktuellen Situationsanalyse vier Schwerpunkte:

- Steigerung der subventionierten Plätze in Kindertagesstätten um 200 Plätze auf 1700 Plätze;
- Steigerung der Auslastung der vorhandenen Säuglingsplätze von 35 auf mindestens 80% zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage;
- Schaffung von 15 lebensraumnahen Anlaufstellen, wo Eltern Informationen über Kinderbetreuungsmöglichkeiten finden und Unterstützung für Eigeninitiativen erhalten.
- Projekt Kinderhäuser:
Förderung von neuen Betreuungsformen wie Chrabbelgruppen, Spielgruppen, Spieltreffs und dergleichen zur Ergänzung des Angebotes an Kindertagesstätten.

Für die geplanten Massnahmen wird aktuell mit einer leichten Kostenzunahme bis 2010 von 0,6 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2007 mit 41,0 Millionen Franken gerechnet. Des Weiteren wurde in Kooperation mit dem Schul- und Sportdepartement eine gemeinsame Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung entwickelt. Gemäss Volksbeschluss wird diese den Elternbeitrag nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und die subventionierten Leistungen regeln. Die Verordnung kann dem Gemeinderat 2007 zur Genehmigung vorgelegt werden.

3. Kennzahlen Departement

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Anzahl Mitarbeitende (Festangestellte) Total ¹⁾ | 1808 | 1826 | 1751 | 1731 | 1646 |
| davon Frauen | 1196 | 1200 | 1139 | 1137 | 1087 |
| davon Männer | 612 | 626 | 612 | 594 | 559 |
| Anzahl Stellenwerte ²⁾ | 1263.894 | 1274.245 | 1253.473 | 1218.787 | 1211.89 |
| Anzahl Kaderpersonal Total ³⁾ | 219 | 245 | 277 | 280 | 270 |
| davon Frauen | 116 | 115 | 134 | 137 | 131 |
| davon Männer | 103 | 130 | 143 | 143 | 139 |
| Anzahl Lernende Total ⁴⁾ | 99 | 91 | 84 | 65 | 44 |
| davon Frauen | 79 | 78 | 68 | 55 | 38 |
| davon Männer | 20 | 13 | 16 | 10 | 6 |
| Lohnaufwand Fr. | 159'352'193 | 159'904'788 | 153'840'638 | 148'388'477 | 141'604'956 |
| Sachaufwand Fr. | 32'519'180 | 32'021'759 | 29'748'592 | 28'909'728 | 29'917'241 |
| übriger Aufwand Fr. | 857'447'803 | 843'943'074 | 803'602'499 | 725'212'030 | 664'444'457 |
| Investitionen Fr. | 1'319'282 | 2'000'000 | – | 670'000 | 1'443'911 |

Definitionen:

¹⁾ ohne Lernende und Praktikantinnen/Praktikanten (Stichdaten Dezember, HRZ)

²⁾ Jahresdurchschnitt (HRZ)

³⁾ Mitarbeitende mit Vorgesetztenfunktion (Stichtag Dez. HRZ)

⁴⁾ ohne Praktikantinnen/Praktikanten (Stichtag Dez. HRZ)

4. Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen

4.1 Zentrale Verwaltung

4.1.1 Aufgaben

Die Zentrale Verwaltung leistet zur Hauptsache Führungsunterstützung und koordiniert Geschäfte, die von politisch-strategischer Bedeutung sind und den Zuständigkeitsbereich einzelner Dienstabteilungen überschreiten. Dazu gehören insbesondere sämtliche Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäfte, übergeordnete Rechts- und Finanzfragen, die Budgetkoordination, das Controlling und die Ausrichtung von Beiträgen an die privaten Leistungsanbieter sowie die Planung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Gründung der Stiftung Zürich Jobs

Im Kontext der Neuausrichtung der Arbeitsintegration konnte nach umfangreichen Vorarbeiten die Stiftung Zürich Jobs als Public Private Partnership gegründet werden. Es ist dies eine Pionierleistung, an der nebst der Stadt Zürich, die Stiftung «Perspektiven» der Swiss Life, die Genossenschaft Raiffeisen Schweiz, die Zürcher Kantonalbank und die Baugartenstiftung als Gründungsmitglieder beteiligt sind. Weitere Wirtschaftsunternehmen auf dem Platz Zürich haben eine Beteiligung zugesichert. Der Stiftungszweck lautet:

- Unterstützung der Behörden der Stadt Zürich sowie der Wirtschaft in ihren Bemühungen für eine innovative Arbeitsintegration in der Stadt und in der Region Zürich;
- Unterstützung und Förderung von öffentlichen und privaten Trägerschaften in der Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen;
- Unterstützung und Förderung von öffentlichen und privaten Trägerschaften in der arbeitsmarktorientierten Arbeitsintegration von Sozialhilfe Beziehenden.

Die Stiftung wird finanzielle Mittel für Starthilfen und Bürgschaften an Sozialfirmen und andere private Trägerschaften vergeben, Know-how für Betriebsführung und Vermarktung einbringen, Lobbyarbeit für die Idee von Sozialfirmen betreiben und die Vernetzung zwischen herkömmlichen Unternehmen und Sozialfirmen fördern.

Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die Zentrale Verwaltung war verantwortlich für die Koordination der zahlreichen Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die innerhalb des Sozialdepartements vor allem im Laufbahnzentrum und in den Sozialen Einrichtungen und Betrieben entwickelt und durchgeführt wurden. Dabei wurden drei Zielrichtungen verfolgt:

- Für Jugendliche mit (aktuell) guten Voraussetzungen für eine Berufsbildung sollen genügend Lehrstellen mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus bereit stehen. Mit der «Aktion mehr Lehrstellen!» konnten auf den Sommer 2006 in Zürich rund 250 zusätzliche Lehrstellen (davon rund 70 in der Stadtverwaltung) geschaffen werden. Die Anstrengungen laufen weiter, mit besonderer Aufmerksamkeit für die Promotion von Attestausbildungen, für das sogenannte Lehrstellen-Matching – der gezielten Vermittlung von Schulabgänger/innen auf jeweils noch offene Lehrstellen –, und für die Förderung von Berufslehrverbänden.

- Für Jugendliche, die noch Zeit brauchen in ihrem Berufswahlprozess, Bildungslücken aufweisen oder aufgrund ihres Schulabschlusses keine Lehrstelle finden, sind berufspraktische oder schulische Brückenangebote (vor allem im Schul- und Sportdepartement angesiedelt) sinnvoll. Diese wurden in den vergangenen Jahren auf insgesamt rund 1400 Plätze ausgebaut. Mit dem im September 2006 erstmals durchgeführten Projekt «Last Call» konnten Jugendliche, die zu diesem Zeitpunkt immer noch keine Anschlusslösung gefunden hatten zur Hauptsache in solche Brückenangebote vermittelt werden. Das Projekt wird 2007 aufgrund des grossen Zuspruchs weiter geführt.
- Für Jugendliche mit mehrfachen schulischen, persönlichen und sozialen Problemsituationen sind sehr niederschwellige Angebote zur Hinführung in eine Ausbildung oder Arbeit nötig. Diese Jugendlichen haben in ihrer aktuellen Situation keine Chance für eine Lehrstelle und sind auch nicht in der Lage, in einem Brückenangebot zu bestehen. Primär auf praktische Arbeit ausgerichtete Angebote, die auch eine Tagesstruktur bieten wie zum Beispiel das Atelier Blasio Basic mit 22 Plätzen und die Jugendbeiz Züri Nord mit 15 Plätzen bei den Sozialen Einrichtungen und Betrieben, werden erprobt. Weitere solche Angebote sollen zusammen mit privaten Trägerschaften entwickelt werden.

Regelung von Time-Out-Platzierungen von Jugendlichen

Anfangs April 2006 wurden Vorwürfe bekannt, dass Jugendliche, die das Sozialdepartement als Krisenintervention via eine Vermittlungsfirma in ein sogenanntes Time-Out auf einen Bauernhof in Spanien platziert hatte, misshandelt worden seien. Dabei standen Einschliessungen von Jugendlichen in Wildschweinkäfige als Strafmassnahme im Vordergrund. Das Sozialdepartement ging den Vorwürfen unverzüglich nach, verfügte einen Platzierungsstopp bei jener Firma, die diese Plätze vermittelt hatte, kümmerte sich um die betroffenen, inzwischen aus Spanien zurückgekehrten Jugendlichen und klärte das Wohlbefinden anderer, durch dieselbe Firma platzierter Jugendlicher in verschiedenen Gastfamilien ab. Mit einer Administrativuntersuchung durch den externen, unabhängigen Rechtsanwalt Beat Badertscher wurde geprüft, ob seitens des Sozialdepartements Sorgfaltspflichten verletzt wurden und Fehler passiert sind. Im Rahmen eines internen Auftrags wurden einerseits sämtliche bisherigen Abläufe bei Time-Out-Platzierungen analysiert und zugleich Massnahmen ausgearbeitet für das künftige Vorgehen bei solchen Platzierungen. Dabei wurde insbesondere festgehalten, dass für die Zusammenarbeit mit privaten Vermittlungsinstitutionen präzise Kriterien, Standards, Bedingungen und Kontrollen festgelegt werden müssen, um derartige Vorfälle zu vermeiden. Der Gemeinderat wurde in Beantwortung eines entsprechenden Postulats am 7. Juni 2006 mit einem Bericht zum damaligen Stand der Abklärungen ausführlich informiert. In der Folge wurde die Vermittlung von Time-Out-Platzierungen öffentlich ausgeschrieben. Nach sorgfältiger Prüfung der Offerten aufgrund umfassender Kriterien erhielten im Herbst 2006 sieben Trägerschaften einen Rahmenkontrakt für die künftige Zusammenarbeit bei Time-Out-Platzierungen. Das Sozialdepartement hat mit dieser Arbeit im Bereich der Jugendhilfe eine Vorreiterrolle übernommen, da betreffend Bewilligung und Kontrolle von Gast- und Pflegefamilien sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonebene gesetzliche Lücken bestehen.

Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe

Konkreten Anlass für die Überprüfung der Instrumente und Verfahren zur Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe gab der Vorfall der Time-Out-Platzierungen in Spanien: Der Leiter der dortigen Gastfamilie bezog seit rund drei Jahren in der Stadt Zürich Sozialhilfe. Das Sozialdepartement erstattete umgehend Strafanzeige wegen Betrug. Der Fall hatte einerseits mehrere parlamentarische Vorstösse zur Folge, andererseits befasste sich die Sozialbehörde ausführlich damit und gab den Auftrag, ein Konzept für zusätzliche Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe zu entwickeln. Die Vorsteherin des Sozialdepartements beauftragte zunächst Max Hess, externer Berater für Gemeinden, damit, die bisherige Praxis in der Stadt Zürich einzuschätzen und die Erfahrungen mit den in anderen Städten und in Versicherungen eingesetzten Instrumenten und Verfahren aufzuarbeiten und entsprechende Empfehlungen abzugeben. Der darauf basierende Bericht und die Darstellung vorgesehene Massnahmen, deren Erarbeitung von einer Arbeitsgruppe der Sozialbehörde begleitet wurden, konnten dem Gemeinderat am 6. September 2006 vorgelegt werden. Massnahmen werden in folgenden drei Bereichen getroffen:

- Zusätzliche Transparenz und Verbindlichkeit bei der Fallaufnahme;
- Verstärkung der internen Fallkontrollen in den Sozialen Diensten;
- Einführung eines Inspektorates für Ermittlungen im Auftrag der Sozialbehörde.

Die Massnahmen sind den nachstehenden Zielen verpflichtet:

- Sie erhalten Fairness und Transparenz gegenüber den Klientinnen und Klienten aufrecht.
- Sie erhalten und stärken die Professionalität der Sozialarbeit.
- Das Inspektorat ist für die Sozialbehörde ein wirksames zusätzliches Instrument.

Alle Massnahmen werden in einer Versuchsphase über drei Jahre erprobt und ausgewertet. Dem Gemeinderat wird danach über die Resultate Bericht erstattet und entsprechend Antrag gestellt.

Asyl-Organisation Zürich: Geschäftsstelle des Verwaltungsrats

Seit 1. Januar 2006 ist die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt, die durch den siebenköpfigen Verwaltungsrat mit Monika Stocker als Verwaltungsratspräsidentin gesteuert wird. Die Geschäftsstelle des Verwaltungsrats wurde in der Zentralen Verwaltung des Sozialdepartements angesiedelt. Der Verwaltungsrat hat in seinem ersten Geschäftsjahr in sechs Sitzungen 2006 zahlreiche wichtige Weichen gestellt und den Umwandlungsprozess in die neue Rechtsform abgeschlossen. Es wurden Planungs- und Steuerungsinstrumente installiert und mit der Direktion eine regelmässige Berichterstattung über die betrieblichen Entwicklungen und die Aktualitäten im Migrationsbereich vereinbart. Der Verwaltungsrat hat auch ein Finanz- und Organisationsreglement erlassen, das gemäss Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom Stadtrat genehmigt wurde. Im Juli 2006 befasste sich der Verwaltungsrat an einer halbtä-

tigen Sitzung ausführlich mit der Positionierung der AOZ und beschloss die folgenden Geschäftsbereiche:

- Bildung und Arbeitsintegration;
- Sozialhilfe und Betreuung im Flüchtlingsbereich;
- Beratung und Integrationsprojekte;
- Beratung von Behörden, Konzeptentwicklung, Fachveranstaltungen.

Im Rahmen dieser Sitzung fand auch Austausch mit für den Asyl- und Migrationsbereich wichtigen Vertretern des Kantons statt: dem Chef des Sozialamtes, dem Chef des Amtes für Wirtschaft und Arbeit und dem Generalsekretär der Sicherheitsdirektion.

Der ausführliche Rechenschaftsbericht der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) in neuer Rechtsform wird dem Gemeinderat ab dem Geschäftsjahr 2006 als separates Dokument zugeleitet.

Megalphon – Kinder- und Jugendpartizipation: Stabsübergabe an die Sozialen Dienste

Die Förderung und Unterstützung der Kinder- und Jugendpartizipation im öffentlichen Raum wurde nach einer vierjährigen Projektphase etabliert: Der Gemeinderat hatte am 17. November 2004 beschlossen, für diese Aufgabe jährlich wiederkehrend 150 000 Franken bereit zu stellen. Während der Aufbauphase und politischen Einführung war Megalphon in der Zentralen Verwaltung angesiedelt worden, jedoch mit dem mittelfristigen Ziel, diese Aufgabe nach der Konsolidierung den Sozialen Diensten zu zuordnen, um den Aspekt der Kinder- und Jugendpartizipation noch verstärkt in die sozialräumlich ausgerichtete Arbeit einzubringen. Die Stabsübergabe hat nun im Sommer 2006 erfolgreich stattgefunden.

4.1.3 Spezifische Kennzahlen

Kontraktmanagement

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|-----------------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| Organisationen mit einem Kontrakt | 171 | 156 | 153 | 161 | 172 |
| – Davon Krippen | 100 | 91 | 86 | 91 | 87 |
| Kontrakte | 247 | 214 | 208 | 213 | 213 |
| – Davon Krippen | 131 | 112 | 106 | 112 | 103 |
| Gesamtsumme Subventionen | 55 450 432.70 | 46 120 427.65 | 46 610 015.25 | 43 582 490.35 | 40 077 656.60 |
| Raumkosten* ab 2004 | 8 166 447.00 | 8 043 990.00 | 7 974 126.00 | – | – |
| Subventionen inkl. Raumkosten* | 63 616 879.70 | 54 155 417.65 | 53 584 141.25 | 43 582 490.35 | 40 077 656.60 |
| Soziale Integration | 12 729 654.40 | 4 136 036.70 | 4 513 415.80 | 4 033 330.25 | 4 458 724.45 |
| Soziale Sicherung | 605 050.00 | 598 108.90 | 599 532.00 | 520 000.00 | 407 500.00 |
| Berufliche Integration | 1 552 805.00 | 938 255.00 | 278 914.75 | 278 915.00 | 320 000.00 |
| Frühbereich | 25 645 768.25 | 25 618 863.25 | 25 343 607.30 | 23 648 805.60 | 20 215 902.70 |
| Soziokultur | 14 917 155.05 | 14 829 193.80 | 14 874 545.40 | 15 101 439.50 | 14 675 529.45 |
| | 55 450 432.70 | 46 120 427.65 | 46 610 015.25 | 43 582 490.35 | 40 077 656.60 |

*Von der IMMO direkt dem Sozialdepartement belastete Mietkosten für Immobilienbenützung privater Institutionen.

Der grosse Zuwachs an Subventionen im Bereich Soziale Integration rührt insbesondere daher, dass die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) per 1. Januar 2006 in eine selbständige

öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt wurde und der entsprechende Beitrag der Stadt an die AOZ im Geschäftsbereich Soziale Integration ausgewiesen wird.

4.2 Support Sozialdepartement

4.2.1 Aufgaben

Support Sozialdepartement (SDS) unterstützt die rund 1600 Mitarbeitenden der Zentralen Verwaltung (ZV) und der Dienst-abteilungen Soziale Dienste (SOD) und Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) mit Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Recht, Controlling und Infrastruktur. Dank weit gehender Standardisierung können die Supportdienstleistungen effizient, effektiv und wirtschaftlich gestaltet werden.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Projekt Fallmanagement

In der Vorstudie «Grundlagen Fallmanagement Modell Zürich» wurden Abklärungen getroffen, ob und wie die verschiedenen bestehenden Fallverwaltungs- und Klientenbuchhaltungs-

systeme, welche den SOD für die Sozialhilfe, die Jugend- und Familienhilfe und die vormundschaftlichen Massnahmen zur Verfügung stehen, vereinheitlicht und vereinfacht werden können.

Auf Grund der Ergebnisse der Vorstudie wurden die Unterlagen für die Ausschreibung erstellt und eine Submission nach GATT/WTO durchgeführt. Das im ersten Halbjahr 2006 durchgeführte Evaluationsverfahren führte zur Entscheid, die Firma Mummert Consulting AG mit den Informatiklösungen «KiSS» (Klienteninformationssystem für die Sozialarbeit) für die Fallführung und SAP für die Klientenbuchhaltung als Generalunternehmerin mit der Umsetzung der Anforderungen zu beauftragen. Die Lieferanten haben im Oktober mit der Projektarbeit begonnen. Die neue Applikation wird ab Anfang 2008 bei den Benutzenden in den Sozialzentren genutzt.

Mit der gewählten Informatik-Lösung wird die Umsetzung der Strategie des Modells Zürich unterstützt. Die Lösung gewährleistet die Flexibilität für künftige Anforderungen und Anpassungen und reduziert die Komplexität der bestehenden Lösungen.

ERPplus

Im Projekt «Führungsmodell Stadtrat Zürich» hat das Teilprojekt «ERPplus» die Einführung einer neuen gesamtstädtischen ERP-Lösung in den Bereichen Finanz- und Rechnungswesen, Human Resources und Logistik als Ziel. SDS treibt die Umsetzung für sich und seine Partner-Dienstabteilungen ebenfalls projektmässig voran. Mitte 2006 wurde von SDS eine Projektorganisation eingesetzt. Diese befasst sich mit folgenden Inhalten: Analyse der bestehenden Systeme, Identifikation und Sicherstellung der Schnittstellen zu anderen Applikationen, Festlegung der Grundlagen des Rechnungswesens (Kostenstellen- und Kostenträgerstruktur, Kontenpläne, usw.), Definition von spezifischen Anforderungen des SD, Migration der bestehenden Prozesse und Daten in die neue Systemumgebung, Schulung der Mitarbeitenden sowie Koordination und Kommunikation mit der städtischen Projektorganisation.

Projekt ITAS

Im Projekt Informatik-Arbeitsplatz Sozialdepartement (ITAS) wird die veraltete und leistungsschwache Informatik-Infrastruktur der ZV und der Dienstabteilungen SOD, SEB und SDS durch neue, leistungsfähige Informatik-Arbeitsplätze ersetzt. Mit dieser Erneuerung wird gleichzeitig die heute heterogene Systemlandschaft vereinheitlicht. Der neue Informatik-Arbeitsplatz erfüllt die Anforderungen des städtischen Sicherheitshandbuchs und stellt eine stabile, zuverlässige und leistungsfähige Informatik-Plattform für die geplanten Applikationsprojekte (Fallmanagement Modell Zürich, ERP plus) bereit.

Das Projekt ITAS basiert auf der «Server Based Computing»-Technologie. Mit dieser etablierten Technologie können auch Standorte mit schwacher Anbindung an das «Zürinetz» mit angemessenen Antwortzeiten bedient werden. Erfahrungswerte aus anderen Projekten zeigen, dass die Gesamtkosten des Informatik-Arbeitsplatzes mit der gewählten Lösung sinken. Das Projekt ITAS wird bis Juli 2007 realisiert.

Mentoring

Das Mentoring ist ein Angebot für sämtliche Mitarbeitende des Sozialdepartements und dient der zielgerichteten Unterstützung individueller Lern- und Entwicklungsprozesse. Es leistet damit einen Beitrag zur Potenzialerkennung und Laufbahnförderung. Seinen Beginn hatte das Mentoring im Juli 2006 mit einem Workshop für die Mentorinnen, Mentoren, Mentees und ihren Vorgesetzten. Die je 23 Mentorenschaften wurden im Vorfeld des Workshops auf der Basis der Angaben und Bedürfnisse der Teilnehmenden gebildet.

Den Kern des Mentoring stellen die regelmässigen Treffen zwischen Mentoren, Mentorinnen und Mentees dar, die noch bis zum Juli 2007 laufen. Als Unterstützung für den Mentoringprozess werden im Frühjahr 2007 Begleitworkshops für Mentorinnen, Mentoren und Mentees angeboten. Um das Workshopangebot bedarfsgerecht zu gestalten, wurde im Dezember 2006 eine Befragung der Beteiligten durchgeführt.

4.2.3 Spezifische Kennzahlen

Die Struktur der Kennzahlen wurde erstmals für 2006 festgelegt, so dass für andere Jahre nur teilweise oder gar keine Kennzahlen vorliegen.

Personal

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|------|------|------|------|------|
| Anstellungen ¹⁾ | 415 | – | – | – | – |
| Interne Schulungen ²⁾ | 105 | 58 | 61 | – | – |
| Auszubildende KV (Stichtag 31. Dezember 2006) | 50 | 48 | 45 | 40 | 29 |
| Mitarbeitende im Zuständigkeitsbereich ³⁾ (Stichtag 31. Dezember 2006) | 1740 | 1718 | 877 | – | – |

Definitionen:

¹⁾ Anzahl neu besetzter, befristeter oder unbefristeter Teilzeit- und Vollzeitstellen, Praktika und Ausbildungsplätze durch interne oder externe Bewerber/innen (inkl. Übertritte, ohne Auszubildende KV)

²⁾ Anzahl durchgeführter Schulungsmodule, unabhängig von ihrer Dauer

³⁾ Anzahl Mitarbeitende in aktiver, fester oder befristeter Vollzeit- und Teilzeitanstellung im Stunden- oder Monatslohn (mit Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildenden, ohne Auszubildende KV und ohne Einsatzplätze der Arbeitsintegration)

Finanzen

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|---------|------|------|------|------|
| Kreditoren-/Debitorenzahlungen ¹⁾ | 706 790 | – | – | – | – |
| Steuererklärungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen | 2809 | 2639 | 2530 | 2345 | 2472 |
| Vermögensabrechnungen für KlientInnen mit vormundschaftlichen Massnahmen | 1492 | 1373 | 1573 | 1665 | 1284 |
| Inkassofälle für Rückerstattungen Sozialhilfe und Elternbeiträge | 493 | – | – | – | – |

Definitionen:

¹⁾ Zahlungen Rechnungsjahr 2006

Informatik

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|------|------|------|------|------|
| Bearbeitete Störungsmeldungen ¹⁾ | 6973 | – | – | – | – |
| Gewartete Informatik-Arbeitsplätze (Stichtag 31.12.2006) | 1642 | – | – | – | – |
| Gewartete Informatik-Fachapplikationen | 64 | – | – | – | – |
| Informatik-Projekte und Applikationserweiterungen (Stichtag 31. Dezember 2006) | 79 | – | – | – | – |

Definitionen:

¹⁾ Anzahl der vom Helpdesk an die Supportspezialistinnen und -spezialisten weitergeleiteten Tickets. 2006: Hochrechnung, basierend auf Zahlen von Juni bis Dezember.

Controlling und Infrastruktur

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|------|------|------|------|------|
| Betreuungsverhältnisse in Krippen ¹⁾ (Stichtag 31. Dezember 2006) | 3083 | – | – | – | – |
| Administrativ betreute Teilnehmende der Arbeitsintegration SEB | 2613 | – | – | – | – |
| Bewirtschaftete Arbeitsplätze im VZ Werd (Stichtag 31. Dezember 2006) | 330 | – | – | – | – |

Definitionen:

¹⁾ Gesamtzahl der Kinder in privaten subventionierten und städtischen Krippen, die am Stichtag eine gültige Elternbeitragsvereinbarung haben.

Recht

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|------|------|------|------|------|
| Vertretungen von Klientinnen und Klienten ohne vormundschaftliche Massnahme | 370 | – | – | – | – |
| Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen | 114 | – | – | – | – |
| Beratungsbesuche in Quartierteams der SOD | 180 | – | – | – | – |

4.3 Laufbahnzentrum

4.3.1 Aufgaben

Berufswahl und berufliche Entscheidungen sind am Besten als Übergänge zu verstehen, die bewältigt werden müssen und deren Lösung einen Zielhorizont mittlerer Reichweite hat. Das gilt für die erste Berufswahl als Übergang zwischen Schule und Berufe genauso, wie für alle weiteren beruflichen Entwicklungen. Der Zielhorizont ist ein mittelfristiger, d.h. nach einigen Jahren müssen wieder neue Entscheidungen gefällt werden, Entscheidungen, die jetzt noch nicht voraussehbar und somit auch nicht planbar sind. Für diese verschiedenen Entscheidungssituationen im Laufe eines Berufslebens können mehrmals berufsberaterische Dienstleistungen nötig sein.

Im Laufbahnzentrum werden drei Dienstleistungsbereiche unterschieden:

- Berufswahlvorbereitung und Berufs- und Laufbahnberatung;
- Berufsinformationen;
- Realisierungsunterstützung, wie Lehrstelleninformation und Lehrstellenvermittlung, Brücken- und Lehrstellenangebote sowie Ausbildungsfinanzierung.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Erwachsenenberatung

Im Rahmen der Berufswahlvorbereitung und der Berufsberatung bildete der Aufbau einer kostenpflichtigen Berufsberatung für Erwachsene mit entsprechenden Produkten einen Schwerpunkt. Um den Zugang zu Beratungsdienstleistungen möglichst niederschwellig zu halten, wurde das Produkt «Laufbahncheck» kreiert, das es ermöglicht, die berufliche Situation zu analysieren und die nötigen Schritte einzuleiten. In weiteren Beratungssequenzen kann die Laufbahnberatung «Schritt für Schritt» oder das umfassende Angebot «Komplett» gewählt werden.

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Berufs- und Laufbahnberatungen

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|-----------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Jugendliche unter 18 Jahren | 2304 | 2693 | 2696 | 2633 | 2770 |
| Erwachsene über 18 Jahren | 2907 | 3181 | 4014 | 3873 | 3643 |
| – davon RAV-Fälle | 695 | 915 | 1287 | 1268 | 887 |
| Total Einzelberatung | 5211 | 5874 | 6710 | 6506 | 6413 |

Die Anzahl von Beratungen ist im Berichtsjahr, insbesondere wegen der Abnahme der Arbeitslosigkeit, zurückgegangen.

Berufsinformation

Im Bereich der Berufsinformation wurde das Projekt BIZ 06 gestartet. Ziel ist ein neues BIZ-Präsentationskonzept, in dem die elektronische Information und die aufgearbeiteten Printmedien im BIZ in ihrer Vernetztheit miteinander konsultiert werden können. Die räumliche Umgestaltung des Berufsinformationszentrums konnte bereits im August 2006 abgeschlossen werden; die Arbeiten an den Datenbanken im Hintergrund wurden begonnen und werden schwerpunktmässig im Jahr 2007 bearbeitet und dann eine Daueraufgabe der Abteilung Information/Dokumentation bilden.

Realisierungsunterstützung

Im Bereich der Realisierungsunterstützung waren die Aktivitäten durch den Lehrstellenmangel und die Schwierigkeiten zahlreicher Jugendlicher, eine adäquate Lehrstelle zu finden, geprägt. Das Laufbahnzentrum arbeitete intensiv am Gesamtprojekt «Arbeitsintegration» des Sozialdepartements mit und lancierte im Rahmen des Teilprojekts 11 die Einzelprojekte Lehrstellenmatching (Zusammenführungen von nicht besetzten Lehrstellen und noch suchenden Jugendlichen am Schluss des Schuljahrs), Last Call (Veranstaltung für alle Jugendliche, die zwei Monate nach Beendigung der obligatorischen Schulpflicht noch keine Lösung gefunden haben), Förderung der beruflichen Grundbildung mit Attest (für Jugendliche mit weniger anspruchsvoller Schulbildung), ein Projekt, das im Jahr 2007 anlaufen wird.

Intensiv vorbereitet wurde ein Projekt zum Übergang II zwischen Berufsschule und Arbeitstätigkeit, um die Jugendarbeitslosigkeit möglichst gering zu halten.

Weiter baute das Laufbahnzentrum das Brückenangebot JOB PLUS auf 183 Teilnehmende aus. Ein weiterer Schwerpunkt bildete der Ausbau des Berufslehrverbundes Zürich BVZ: Mit dem Schuljahr 2006/2007 konnte die Anzahl der durch die Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ betreuten Lehrverhältnisse auf 84 erhöht werden.

Altersverteilung Einzelberatung

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|-------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| bis 15 Jahre | 1542 | 1618 | 1596 | 1574 | 1859 |
| 16–17 Jahre | 762 | 1075 | 1100 | 1059 | 911 |
| 18–19 Jahre | 321 | 398 | 435 | 372 | 341 |
| 20–24 Jahre | 600 | 682 | 879 | 852 | 796 |
| 25–29 Jahre | 574 | 600 | 805 | 780 | 775 |
| 30–39 Jahre | 814 | 898 | 1186 | 1214 | 1139 |
| 40–49 Jahre | 454 | 450 | 539 | 511 | 489 |
| 50 und mehr Jahre | 144 | 153 | 170 | 144 | 103 |
| Total | 5211 | 5874 | 6710 | 6506 | 6413 |

Berufswahlvorbereitung und Informationsveranstaltungen

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Klassenbesprechungen | 247 | 253 | 227 | 243 | 224 |
| – im Berufsinformationszentrum BIZ | 156 | 134 | 122 | 143 | 143 |
| – in Schulhäusern | 91 | 119 | 105 | 100 | 81 |
| Schulhaussprechstunden | | | | | |
| – Stundenaufwand | 2406 h | 1987 h | 2020 h | 1847 h | 1469 h |
| – Anzahl Präsenzen | 766 | 700 | 747 | 707 | 729 |
| Veranstaltungen für Eltern | 98 | 87 | 87 | 106 | 106 |

Im Gegensatz zur rückläufigen Zahl der Beratungen wurde die Berufswahlvorbereitung für die Jugendlichen in der Schule intensiviert. So fanden im Berichtsjahr 766 Schulhaussprechstunden statt mit einem Gesamtaufwand von über

2400 Stunden (+21%). Dies bedeutet eine gewisse Verlagerung von der Einzelberatung im Laufbahnzentrum hin zu intensiver Coachingarbeit im Schulhaus.

Berufsinformationszentrum BIZ

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| BesucherInnen, die sich selbst informieren | 10392 | 12884 | 13931 | 15737 | 15338 |
| BesucherInnen in Begleitung eines Beraters/einer Beraterin | 3032 | 3563 | 4751 | 4573 | 4136 |
| Besuche in Gruppen oder Schulklassen | 4560 | 3940 | 3700 | 4200 | 3980 |
| Telefonische Auskünfte | 1357 | 1728 | 1754 | 1854 | 2462 |
| Interne Informationen an BerufsberaterInnen | 1336 | 838 | 955 | 877 | 1091 |
| Schriftliche Auskünfte (inkl. Online-Auskünfte und Kurzberatungen) | 1527 | 325 | 433 | 688 | 562 |
| Total der Auskunftleistungen | 22204 | 23278 | 25524 | 27929 | 27569 |

Die Besucherzahl des Berufsinformationszentrums ist im Berichtsjahr zurückgegangen. Im Gegenzug haben die Schriftlichen Auskünfte (Online-Auskünfte und Online-Kurzberatungen) zugenommen. Durch die Produktion der beliebten BIZ-berufsinfo, die nicht nur im BIZ zur Verfügung stehen, son-

dern via Internet gratis bezogen werden können, leistet das Laufbahnzentrum schweizweit einen wichtigen Berufsinformationsbeitrag. Die Finanzierung der BIZ-Berufsinfo wurde durch den Schweizerischen Verband für Berufsberatung sichergestellt.

Brücken- und Lehrstellenangebote (Stichtag 31. Dezember 2006)

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|------|------|------|------|------|
| Anzahl Personen im Motivationssemester JOB PLUS (Teilnehmende) | 183 | 176 | 122 | 66 | 38 |
| Anzahl Personen im Motivationssemester WORK PLUS (Teilnehmende) | 12 | – | – | – | – |
| Anzahl Personen JOB PLUS Futura (Teilnehmende) | 3 | – | – | – | – |
| Berufslehr-Verband Zürich BVZ Anzahl Lernende | 84 | 36 | 23 | 24 | 18 |

Die Tabelle zeigt den Ausbau des Motivationssemesters JOB PLUS, das seit 2004 eine Steigerung von ca. 50% erreicht hat. Noch intensiver war der Ausbau des Berufslehrverbundes, deren Lernendenzahl sich seit 2004 fast vervierfacht hat.

PLUS ist ein Programm zum «arbeiten lernen», das im erfolgreichen Falle zu einem vom AWA finanzierten Motivationssemester umgewandelt werden kann; Start dieser Projekte ab Schuljahr 2006/07.

JOB PLUS ist ein Einzelplatz-Motivationssemester, das vom AWA finanziert wird; JOB PLUS Futura ebenfalls, wird aber über die einweisende Instanz, z. B. SOD, finanziert. WORK

Lehrstelleninformation/-vermittlung

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|-------|--------|--------|--------|--------|
| Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen | 3581 | 3492 | 3281 | 3448 | 3356 |
| Abgegebene Lehrstellenlisten (LENA) | 26921 | 35 158 | 57 281 | 48 531 | 52 416 |
| Telefonische Bestellungen für Lehrstellennachweis (LENA) | 506 | 825 | 800 | 1200 | 1350 |
| BesucherInnen Lehrstelleninfo | 6788 | 8643 | 9929 | 10316 | 10 925 |
| Telefonische Kontakte mit Lehrbetrieben | 8388 | 8362 | 8912 | 8020 | 7733 |

Die Bearbeitung der Lehrstellen ist nach wie vor mit zahlreichen Firmenkontakten verbunden. Lehrstellenadressen werden weniger als die letzten Jahre über Lehrstellenlisten bezogen, sondern viel mehr via Internet.

Ausbildungsfinanzierung

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Ausbildungsbeiträge: Unterscheidung nach Fonds | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. | Fr. |
| Städtische Stipendien | 1 138 750 | 1 028 150 | 1 010 500 | 995 700 | 805 982 |
| StadtbürgerInnenfonds | 57 700 | 35 500 | 74 700 | 63 100 | 54 600 |
| Ausbildungsdarlehen | 10 000 | | | 10 000 | 19 500 |
| Private Stipendienstiftungen | 738 711 | 816 410 | 705 930 | 652 035 | 632 052 |
| Total | 1 945 161 | 1 880 060 | 1 791 130 | 1 720 835 | 1 512 134 |

Die Zunahme bei der Ausbildungsfinanzierung ist in erster Linie auf den Mehrbedarf von Stipendien für die 10. Schuljahre und die Berufslehren zurückzuführen. Wiederum konnte ein beachtlicher Anteil an privaten Stiftungsgeldern generiert werden.

4.4 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

4.4.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Amtes für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) besteht darin, einkommensschwachen Zürcher AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern eine angemessene materielle Existenz zu garantieren bzw. ihnen mittels Zusatzleistungen die selbständige Bezahlung ungedeckter Heimkosten zu ermöglichen. Zudem können bestimmte ungedeckte Krankheits- und Behinderungskosten vergütet werden. Für die Aufgabenerfüllung stehen dem AZL Ergänzungsleistungen, kantonale Beihilfen, jährliche Gemeindegzuschüsse, Pflegekostenzuschüsse, ausserordentliche Gemeindegzuschüsse sowie Einmalzulagen zur Verfügung. Sämtliche Leistungsarten sind an die Erfüllung bestimmter Anspruchsvoraussetzungen geknüpft.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Engagement bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Am 28. November 2004 haben die Schweizer Stimmberechtigten den Bundesbeschluss zur NFA mit grossem Mehr angenommen. Sie haben damit die verfassungsrechtliche Grundlage für ein umfassendes Reformwerk geschaffen, wie es die Schweiz bis dato nicht gekannt hat: In den darauf folgenden zwei Jahren hatte die Bundesversammlung die Revision bzw. den Neuerlass von 33 Bundesgesetzen zu beraten und zu verabschieden. Allein im Bereich der sozialen Sicherheit waren sieben Bundesgesetze betroffen, mit denen die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu definiert und Finanzierungsströme von rund 5 Milliarden Franken neu geregelt wurden.

Zu den von der NFA betroffenen Sozialwerken gehören auch die Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV/IV. Die EL sind das wichtigste Sozialwerk im Rahmen der Zusatzleistungen zur AHV/IV. Im Kanton Zürich sind die Kommunen stark in die Finanzierung dieser Leistungen eingebunden. Zudem haben die NFA auch sozialpolitische und durchführungstechnische Auswirkungen auf die EL. Das AZL hat sich über Jahre in verschiedenen Experten-Gremien stark engagiert – auf Bundesebene u.a. als Vertretung des Schweizerischen Städteverbandes in der Projektgruppe «Soziale Sicherheit». Auf Grund der grossen Bedeutung der NFA auch für die kommunale Ebene lohnt es sich, den Jahresschwerpunkt des AZL im Berichtsjahr 2006 ganz dieser Thematik zu widmen.

Die EL wurden 1966 «übergangsweise» eingeführt, um AHV- und IV-Versicherten, die nebst der Rente über keine oder nur ungenügende Einkünfte verfügten, ein existenzsicherndes Mindesteinkommen zu gewährleisten. Auf Grund des vermeintlichen Übergangscharakters wurde das entsprechende Bundesgesetz (ELG) formal nicht als Leistungs-, sondern als Subventionengesetz ausgestaltet. Auch heute wird das in Art. 112 Bundesverfassung formulierte Ziel, dass die AHV- und IV-Renten den Existenzbedarf der Versicherten angemessen decken sollen, nur in Verbindung mit den EL und weiteren Zusatzleistungen erreicht. Die Bedeutung dieser bedarfsorientierten Sozialversicherungsleistungen hat sogar noch zugenommen, indem sie heute neben der Gewährleistung einer angemessenen Existenzsicherung immer mehr auch Aufgaben einer Pflegeversicherung übernommen haben.

Mit der NFA erhalten die Kantone bei den EL einen expliziten Auftrag, zusammen mit dem Bund den Existenzbedarf von AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern zu decken. Die bisherige Subventionierungslösung wird durch eine Leistungsverpflichtung ersetzt. Die Deckung des allgemeinen Existenzbedarfs (gemeint sind damit die Kosten, die bei einem Aufenthalt zu Hause entstehen) wird vorwiegend Bundesaufgabe, wobei die Kantone einen Anteil von 3/8 der Kosten zu tragen haben. Diejenigen EL, welche zusätzlich zur Deckung von Heimkosten sowie von Krankheits- und Behinderungskosten benötigt werden, gehen hingegen vollständig zulasten der Kantone.

Angesichts dieser partiellen Kantonalisierung der EL befürchteten breite Kreise einen möglichen Sozialabbau bzw. kantonalen Wildwuchs im Bereich der Heimkostenfinanzierung sowie bei der Vergütung ungedeckter Krankheits- und Behinderungskosten. Der Bundesrat hat im Vorfeld zur Abstimmung vom 28. November 2004 versprochen, diese Risiken im Rahmen der Bundesgesetzgebung möglichst auszuschliessen. Ob ihm dies tatsächlich gelungen ist, wird sich erst in den nächsten Jahren weisen. Sicher ist hingegen, dass die neue Unterscheidung zwischen Wohnungs- und Heimfällen ein Konstrukt darstellt, das auf Fallebene neue Verflechtungen zwischen Bund und Kantonen schafft und zudem die geplante «Neue Pflegefinanzierung» auf Bundesebene behindern dürfte.

Das von der Bundesversammlung mittlerweile total revidierte ELG räumt den Kantonen bei den jährlichen EL, die der Existenzsicherung dienen, nur wenig Regelungsspielraum ein. Wie erwähnt trägt der Bund 5/8 dieser Kosten, weshalb er für sich auch die entsprechende Regelungskompetenz beansprucht. Für die Rentenberechtigten, die zu Hause wohnen, werden

sich aus der Teilkantonalisierung der EL also keine Nachteile ergeben. Etwas anders sieht es bei den Heimbewohnerinnen und -bewohnern aus: Hier beteiligt sich der Bund nur soweit an den Kosten, als sie auch bei einem Aufenthalt zu Hause entstehen würden. Soweit diese überschritten werden, gehen die jährlichen EL vollumfänglich zulasten der Kantone. Der Bund hat ihnen daher bei der Bestimmung der Höhe der anrechenbaren Heimtaxen und des Betrags für persönliche Bedürfnisse sowie bei der Berücksichtigung des Vermögensverzehrs einen eigenständigen Regelungsspielraum eingeräumt. In diesen Teilbereichen bleibt das Risiko relativ gross, dass sich die kantonalen Unterschiede – unabhängig von den objektiven Gegebenheiten – verstärken werden.

Neu wird gemäss total revidiertem ELG auf die Festsetzung einer Obergrenze der jährlichen EL verzichtet. Bei Nicht-Heimbewohnern spielt diese Grenze bereits heute keine wesentliche Rolle, da sie nur in sehr seltenen Fällen erreicht wird. Bei den Heimbewohnenden würde der Wegfall des so genannten EL-Maximums hingegen ermöglichen, die ungedeckten Pflegekosten ganz mittels EL zu finanzieren, ohne zusätzlichen Rückgriff auf die Sozialhilfe oder Verwandte. In der Stadt Zürich ist diese Problematik zwar bereits seit 1997 mit der Einführung der Pflegekostenzuschüsse gelöst – bisher leider ohne finanzielle Beteiligung von Bund oder Kanton.

Die Krankheits- und Behinderungskosten werden künftig ausschliesslich von den Kantonen getragen. Deshalb obliegt es in diesem Bereich grundsätzlich ihnen, festzulegen, welche Kosten vergütet werden. Um gewisse gesamtschweizerisch einheitliche Standards in der Vergütungspraxis zu gewährleisten, legt das ELG jedoch einen Leistungskatalog fest und bestimmt die Frist für die Geltendmachung der Krankheits- und Behinderungskosten. Dieser Mindeststandard entspricht der heutigen Regelung.

Treten beim Zeitplan des Bundesrates keine Verzögerungen ein, beabsichtigt er die revidierte EL-Gesetzgebung per 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen. Die bis dahin verbleibende Zeit ist extrem kurz: den Kantonen steht ein knappes Jahr zur Verfügung, ihre Zusatzleistungsgesetze an das geänderte Bundesrecht anzupassen. Noch enger wird es für die Durchführungsstellen, die neuen komplexen Subventionsflüsse rechtzeitig in ihre EDV-Fallapplikationen zu implementieren.

4.4.3 Spezifische Kennzahlen

Aufwendungen und Erträge

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Ergänzungsleistungen | | | | | |
| jährliche Ergänzungsleistungen (monatlich ausbezahlt) | 285 071 395 | 277 843 254 | 267 901 179 | 242 196 387 | 229 121 421 |
| Krankheits- und Behindernungskosten | 19 296 643 | 17 367 701 | 14 958 085 | 13 736 326 | 13 130 018 |
| Beihilfen (monatlich ausbezahlt) | 30 188 866 | 29 805 916 | 29 575 228 | 29 534 569 | 28 874 796 |
| Gemeindezuschüsse | | | | | |
| jährliche Gemeindezuschüsse (monatlich ausbezahlt) | 38 918 783 | 38 765 957 | 38 676 161 | 37 289 611 | 36 707 855 |
| Pflegekostenzuschüsse | 10 999 448 | 5 941 669 | 4 970 356 | 3 739 898 | 3 610 611 |
| ausserordentliche Gemeindezuschüsse | 169 291 | 150 803 | 165 376 | 193 815 | 344 979 |
| Einmalzulagen | 3 976 500 | 3 556 550 | 3 549 950 | 3 511 975 | 3 460 720 |
| Total Aufwendungen | 388 620 926 | 373 431 850 | 359 796 335 | 330 202 581 | 315 250 400 |
| | | | | | |
| Bundesbeiträge | 22 360 640 | 22 193 315 | 21 221 793 | 19 575 787 | 18 815 150 |
| Staatsbeiträge | 86 335 340 | 84 894 374 | 81 460 923 | 80 235 035 | 77 426 400 |
| Prämienverbilligung | 73 870 566 | 69 948 704 | 67 537 791 | 54 412 838 | 49 130 087 |
| Rückerstattungen | 15 896 334 | 14 326 376 | 14 144 604 | 15 241 895 | 14 069 921 |
| Total Erträge | 198 462 880 | 191 362 769 | 184 365 111 | 169 465 555 | 159 441 558 |
| | | | | | |
| Nettobelastung Stadt | 190 158 046 | 182 069 081 | 175 431 224 | 160 737 026 | 155 808 842 |

Laufende Fälle (Stichtag im Dezember)

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen | 6812 | 6736 | 6670 | 6617 | 6623 |
| AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen | 3375 | 3323 | 3431 | 3295 | 3213 |
| IV-RentnerInnen in Wohnungen | 4653 | 4504 | 4161 | 3868 | 3652 |
| IV-RentnerInnen in Heimen | 1363 | 1368 | 1300 | 1289 | 1310 |
| Total | 16203 | 15931 | 15562 | 15069 | 14798 |

Durchschnittliche Zusatzleistung in Fr. pro Fall (im Dezember)

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|------|------|------|------|------|
| AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen | 1288 | 1256 | 1245 | 1182 | 1151 |
| AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen | 2316 | 2283 | 2306 | 2133 | 2071 |
| IV-RentnerInnen in Wohnungen | 1460 | 1453 | 1452 | 1412 | 1369 |
| IV-RentnerInnen in Heimen | 2882 | 2839 | 2768 | 2606 | 2515 |

Durchschnittlicher Pflegekostenzuschuss in Fr. pro Fall (im Dezember)

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|----------------------------|------|------|------|------|------|
| AHV-RentnerInnen in Heimen | 1011 | 985 | 983 | 916 | 934 |
| IV-RentnerInnen in Heimen | 880 | 836 | 834 | 795 | 883 |

Diverse Indikatoren

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|
| Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen | 2859 | 3206 | 3160 | 2954 | 2894 |
| Periodische Überprüfungen laufender Fälle | 5300 | 5978 | 4037 | 4589 | 5961 |
| Mutationen von Berechnungsgrundlagen laufender Fälle | 10 128 | 9211 | 9062 | 10 103 | 9346 |
| Anspruchsverlust in Folge Tod | 1291 | 1364 | 1313 | 1399 | 1271 |
| Abgänge in Folge Wegfalls der Anspruchsvoraussetzung | 1090 | 1011 | 930 | 1058 | 867 |
| Verfügungen für Krankheits- und Behinderungskosten | 18 686 | 18 105 | 16 821 | 16 288 | 15 458 |
| Verfügungen für Pflegekostenzuschüsse und ausserordentliche GZ | 5521 | 3784 | 2969 | 2906 | 3270 |

Seit 2001 hat die Zahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV stets deutlich zugenommen. Diese Entwicklung hat sich 2006 etwas abgeschwächt: Ende Jahr (Stichtag im Dezember) wurden 16203 (Vorjahr: 15931) laufende Fälle gezählt. Namentlich bei den IV-Rentenberechtigten hat die Zuwachsrate mit 2,5% (7,5%) sichtbar abgenommen, während die Zahl der AHV-Rentenberechtigten mit einer Steigerung von 1,3% (-0,4%) relativ stabil geblieben ist. Ob diese Entwicklung nachhaltig ist, wird sich zeigen.

Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben mit Fr. 388620926 gegenüber Fr. 373431850 im Vorjahr um 4,1% (3,8%) zugenommen. Das Ausgabenwachstum ist auf die gestiegenen Fallzahlen, auf die höheren Durchschnittsprämien für die obligatorische Krankenversicherung sowie auf den Wegfall der Taxreduktionen (siehe Pflegekostenzuschüsse) zurückzuführen. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 78,4% (79,1%) auf Ergänzungsleistungen, zu 7,8% (8,0%) auf kantonale Beihilfen, zu 10,0% (10,4%) auf jährliche Gemeindegzuschüsse, zu

2,8% (1,6%) auf Pflegekostenzuschüsse und zu 1,0% (0,9%) auf die Einmalzulagen. Das Nettoergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 8088965 oder 4,4% auf Fr. 190158046 erhöht.

Für die Vergütung von Krankheitskosten im Rahmen der Ergänzungsleistungen sind die Auslagen von Fr. 17367701 auf Fr. 19296643 nochmals wesentlich gestiegen, und zwar um 11,1% (16,1%). Der deutliche Anstieg ist zur Hauptsache eine Folge von Entlastungsmassnahmen beim Bund im KVG- und IV-Bereich.

Offensichtlich markant zugenommen haben mit 85,1% (19,5%) die Pflegekostenzuschüsse, die zur Restfinanzierung von Kosten in Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte dienen. Der Wegfall der Taxreduktionen in den städtischen Pflegezentren per 1. Januar 2006 hat zu dieser budgetierten und (aus gesamtstädtischer Sicht) kostenneutralen Steigerung des Aufwands von Fr. 5941669 auf Fr. 10999448 geführt.

4.5 Soziale Dienste Zürich

4.5.1 Aufgaben

Die Sozialen Dienste Zürich (SOD) handeln im Rahmen der sozialen Grundversorgung gestützt auf das Sozialhilfegesetz, das Jugendhilfegesetz und das ZGB. Die SOD richten ihre Leistungen auf eine nachhaltige soziale und berufliche Integration der BewohnerInnen der Stadt Zürich sowie auf eine hohe Lebensqualität in den Quartieren aus. In den fünf polyvalenten Sozialzentren wird eine umfassende soziale Grundversorgung für die BewohnerInnen einer Region angeboten. Die Dienstleistungen reichen von der präventiv ausgerichteten Gemeinwesenarbeit und Soziokultur über Angebote der Jugend- und Familienhilfe, der gesetzlichen Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme bis zur Existenzsicherung in der Sozialhilfe.

Mehr Informationen im Internet: www.stadt-zuerich.ch/sod



Empfangsstelle Intake mit Infothek des Sozialzentrums Albisriederhaus.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Integration in die Arbeitswelt

Oberstes Ziel der Sozialhilfe ist es, möglichst viele KlientInnen darin zu unterstützen, so schnell wie möglich (wieder) wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen. Dies erfordert – unter Berücksichtigung der strukturellen oder individuellen Voraussetzungen – eine nachhaltige Integration in die Berufs- und Arbeitswelt.

Auf dieses Ziel ist der Steuerungsprozess Arbeitsintegration ausgerichtet. Er regelt die relevanten Prozessschritte, die zur Anwendung kommen, wenn arbeitsfähige Sozialhilfe-KlientInnen zur Teilnahme an einer Arbeitsintegrationsmassnahme verpflichtet sind. Es besteht eine grundsätzliche Gegenleistungspflicht für Personen mit Anspruch auf Sozialhilfe. Eine Form der Gegenleistung stellt die Teilnahme von arbeitsfähigen Personen an Arbeitsintegrationsmassnahmen dar. Deren Nichteinhaltung wird mit einer Leistungskürzung sanktioniert. Ablauf und Angebote der beruflichen und sozialen Integration wurden neu ausgerichtet: Während der 4-wöchigen Basisbeschäftigung werden parallel zu konkreten Arbeitseinsätzen die Chancen der KlientInnen auf dem Arbeitsmarkt, ihr persönliches Potenzial und die geeignete nachfolgende

Massnahme geprüft. Das kann die Stellenvermittlung, ein Bewerbungscoaching, ein Qualifizierungsprogramm, Teillohnarbeit oder gemeinnützige Arbeit sein. Die Teilnahme in der Basisbeschäftigung oder an anderen Integrationsmassnahmen wird mit einer Integrationszulage und die Tätigkeit in einem Teillohnbetrieb mit einem Einkommensfreibetrag honoriert.

Schulsozialarbeit

Im Berichtsjahr wurde der Ausbau der Schulsozialarbeit in den Sozialzentren abgeschlossen. Die bewilligten 22 Stellen sind nun mit 39 SchulsozialarbeiterInnen besetzt. In enger Kooperation mit den Schulleitungen, den KreisschulpräsidentInnen, dem gemeinsamen Steuerungsausschuss und den Sozialzentren wurden zwei wichtige Instrumente verabschiedet und in Kraft gesetzt:

- Ein Dokument, das Aufgaben und Schnittstellen der Schulsozialarbeit in der Schule beschreibt;
- ein Mustervertrag, mit dem Leistungen und Schwerpunkte der Schulsozialarbeit in der jeweiligen Schule für ein Jahr festlegt werden.

Damit wurde die erfreuliche Zusammenarbeit in der Schule und mit den Gremien des Schul- und Sportdepartements und den Sozialen Diensten weiter gestärkt und ausgebaut.

Kleinkindberatung

Bei den SOD haben Niederschwelligkeit und Primärprävention in der Arbeit mit Kleinkindern höchste Priorität. Die Dienstleistungen umfassen die Beratung der Eltern in Fragen der Pflege, Ernährung und Erziehung, Abklärungen im Auftrag der Vormundschaftsbehörde, die Führung zivilrechtlicher Kinderschuttmassnahmen und Öffentlichkeitsarbeit. Für Eltern mit Kindern unter fünf Jahren stehen die zahlreichen Mütter- und Väterberatungsstellen in den Quartieren und das jeweilige Sozialzentrum als Anlaufstellen zur Verfügung. Die Kleinkindberatung wurde vor eineinhalb Jahren als weiterer Baustein auf das Modell Zürich ausgerichtet. 2006 wurde das angepasste Konzept umgesetzt und die zuständigen MitarbeiterInnen für die Arbeit mit Kindern von 0–5 Jahren und deren Eltern zusätzlich qualifiziert. In jedem Sozialzentrum gibt es eine Kompetenzgruppe Kleinkindberatung. Sie besteht aus den Mütter- und VäterberaterInnen und speziell ausgebildeten SozialarbeiterInnen. Die MitarbeiterInnen dieser Kompetenzgruppen haben spezifisches Fachwissen im Frühbereich und arbeiten in der konkreten Fallarbeit oder in heiklen Situationen eng zusammen. Mit der gewählten Organisationsform ist das Fachwissen in allen Teams gesichert.

Platzierung in Pflegefamilien

Seit Februar 2006 besteht in den SOD ein verbindlicher Ablauf bei Platzierungen von Kindern in Pflegefamilien in der Stadt Zürich. Er regelt die Aufgaben und Zuständigkeiten in der Zusammenarbeit der Mitarbeitenden der Fachstelle Pflegekinder und den Fallführenden in den Sozialzentren. Mittels verbindlicher Qualitätsstandards erfährt dieser Bereich in der Stadt Zürich eine weitere qualitative Verbesserung, was in erster Linie dem Wohl des platzierten Kindes und den Pflegeeltern zugute kommt. Der fachlichen Standards haben Vorbildwirkung auch über die Stadt- und Kantonsgrenzen hinaus.

Freiwillige in der Einzelfallhilfe

Aufbau des Angebots «Freiwillige leisten Einsätze in der Einzelfallhilfe»: Freiwillige unterstützen KlientInnen mit mangelnden persönlichen und sozialen Ressourcen mit dem Ziel, dass diese wieder zu einer selbständigen Lebensweise finden können. Unterstützt werden die KlientInnen bei administrativen Arbeiten wie Korrespondenz oder Stellenbewerbungen. Angeboten werden auch Konversation für Fremdsprachige, Aufgabenhilfe, Begleitung zu Terminen, usw.

Schwerpunkte der Gemeinwesenarbeit (GWA):

- In Neu-Oerlikon wurde auf Initiative der GWA Zürich Nord der Verein «Quartierentwicklungsfonds» gegründet, in dem Grundeigentümer, ansässige Firmen, Stadtverwaltung und BewohnerInnen vertreten sind. Der gleichnamige Fonds wird von den Grundeigentümern mit jährlich 60 000 Franken gespiesen. Während der nächsten drei Jahre werden damit lokale Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität im Quartier finanziert.
- Auf der Werdinsel besteht seit längerer Zeit vor allem in den Sommermonaten ein Nutzungskonflikt zwischen den bis zu 4000 AusflüglerInnen pro Tag und den Anwohnenden des Quartiers. Die Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen sind

sehr unterschiedlich. Die GWA Waidberg hat mit NutzerInnen, AnwohnerInnen und dem Netzwerk Sicherheit und Sauberkeit (SiSa) der Stadtverwaltung Massnahmen für ein besseres Zusammenleben getroffen, die u.a. durch eine vielbeachtete Plakataktion auf der Werdinsel unterstützt wurde.

- Im Quartier Friesenberg mit seinem ausgeprägten genossenschaftlichen Wohnungsbau gründeten Quartierorganisationen (Genossenschaften, Landeskirchen und weitere Institutionen) mit Unterstützung der GWA Zürich Süd den Verein «Quartiernetz Friesenberg». Dieser private Verein hat – erstmalig in der Stadt Zürich – eine vorerst befristete 60%-Stelle für Gemeinwesenarbeit im Quartier geschaffen und übernimmt damit als private Organisation Verantwortung für die soziale Entwicklung im Quartier Friesenberg.
- An der von der GWA Letzi und vom GZ Loogarten gemeinsam organisierten Tagung zum Thema «Armut im Kreis 9» nahmen verschiedene Fachleute und von Armut betroffene Personen aus dem Quartier teil. Mit dieser Tagung wurde die Vernetzung und Zusammenarbeit der lokalen sozialen Institutionen wie Kirche, Pro Senectute, usw. massgeblich gefördert. So konnten KlientInnen vermehrt geeignete Angebote im Quartier zugänglich gemacht werden.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

Zahlungen gesetzliche wirtschaftliche Hilfe gemäss SHG (Sozialhilfe und Jugend- und Familienhilfe)

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Grundbedarf Lebensunterhalt | 79 475 054 | 86 396 690 | 86 158 371 | 78 066 144 | 65 368 749 |
| Grundbedarf Unterhaltsdifferenz | 25 459 908 | 21 865 843 | 21 310 266 | 18 964 713 | 17 366 214 |
| Wohnungs- und Nebenkosten | 76 721 060 | 76 604 349 | 70 256 398 | 59 408 478 | 48 985 479 |
| Medizinalkosten | 20 713 431 | 20 334 617 | 18 748 476 | 16 224 541 | 14 256 065 |
| Situationsbedingte Leistungen – allgemein | 17 521 859 | 18 274 782 | 17 298 648 | 13 665 215 | 10 829 980 |
| Situationsbedingte Leistungen – Integration Arbeitswelt | 5 669 732 | 4 888 419 | 4 342 437 | 787 162 | 705 755 |
| Situationsbedingte Leistungen – Platzierungskosten | 56 866 859 | 62 656 876 | 62 646 402 | 53 687 348 | 48 377 908 |
| Diverse Auslagen bei bedeckten Konti | 507 421 | 788 159 | 577 594 | 577 269 | 421 454 |
| Zwischentotal | 282 935 325 | 291 809 734 | 281 338 592 | 241 380 869 | 206 311 602 |
| Beiträge Krankenkassenprämien | 34 724 818 | 34 595 334 | 30 736 459 | 26 210 872 | 18 390 574 |
| Total | 317 660 143 | 326 405 067 | 312 075 051 | 267 591 741 | 224 702 175 |

Zahlungen nach Heimatgruppen

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|--------------------|---------------------|---------------------|--------------------|--------------------|
| Unterstützungen total (ohne Krankenkassenbeiträge) | | | | | |
| Kanton Zürich | 65 575 888 | 67 248 318 | 67 326 498 | 56 041 604 | 48 773 289 |
| Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz | 86 055 792 | 87 961 546 | 84 468 316 | 74 735 061 | 65 268 769 |
| mit Kostenersatz 100% | 8 384 093 | 10 103 102 | 10 323 411 | 9 155 353 | 7 739 248 |
| Ausland: kein Kostenersatz | 79 241 840 | 77 254 153 | 70 612 163 | 58 254 859 | 46 261 639 |
| mit Kostenersatz 100% | 43 677 713 | 49 242 615 | 48 608 203 | 43 194 763 | 38 268 666 |
| Total | 282 935 325 | 291 809 734 | 281 338 592 | 241 381 641 | 206 311 602 |
| Rückerstattungen Behörden (ohne Krankenkassenbeiträge) | | | | | |
| Kanton Zürich | -3 424 818 | -3 865 433 | -3 245 841 | -4 744 162 | -4 662 151 |
| Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz | – | – | – | – | – |
| mit Kostenersatz 100% | -7 435 111 | -8 549 454 | -9 024 437 | -4 318 898 | -6 697 119 |
| Ausland: kein Kostenersatz | – | – | – | – | – |
| mit Kostenersatz 100% | -35 307 801 | -41 584 555 | -29 511 131 | -32 832 275 | -17 177 157 |
| Total | -46 167 729 | -53 999 442 | -41 781 410 | -41 895 335 | -28 536 427 |
| Rückerstattungen von anderen Zahlungspflichtigen (ohne Krankenkassenbeiträge) | | | | | |
| Kanton Zürich | -13 703 793 | -15 487 561 | -16 692 136 | -14 852 084 | -14 867 823 |
| Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz | -16 571 466 | -19 309 509 | -21 635 416 | -18 790 249 | -19 406 801 |
| mit Kostenersatz 100% | -2 041 963 | -1 877 084 | -1 694 845 | -1 574 597 | -2 018 825 |
| Ausland: kein Kostenersatz | -13 949 682 | -14 070 558 | -14 949 626 | -13 320 442 | -11 887 515 |
| mit Kostenersatz 100% | -6 569 809 | -7 615 540 | -7 872 631 | -7 256 685 | -6 190 582 |
| Total | -52 836 712 | -58 360 251 | -62 844 654 | -55 794 057 | -54 371 547 |
| Rückerstattungen total (ohne transitorische Abgrenzungen) | | | | | |
| Kanton Zürich | -17 128 611 | -19 352 994 | -19 937 978 | -19 596 247 | -19 529 975 |
| Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz | -16 571 466 | -19 309 509 | -21 635 416 | -18 790 249 | -19 406 801 |
| mit Kostenersatz 100% | -9 477 073 | -10 426 537 | -10 719 282 | -5 893 494 | -8 715 944 |
| Ausland: kein Kostenersatz | -13 949 682 | -14 070 558 | -14 949 626 | -13 320 442 | -11 887 515 |
| mit Kostenersatz 100% | -41 877 609 | -49 200 094 | -37 383 762 | -40 088 961 | -23 367 739 |
| Total | -99 004 441 | -112 359 693 | -104 626 065 | -97 689 392 | -82 907 974 |

Rückerstattung vereinnahmter Geldmittel

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|-------------------|--------------------|--------------------|-------------------|-------------------|
| Behörden | | | | | |
| Direktion Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, Ausländer | 35 404 322 | 42 293 409 | 30 013 401 | 33 432 155 | 17 617 600 |
| Heimatbehörden | 7 655 856 | 8 406 524 | 8 825 869 | 4 418 198 | 6 930 886 |
| Bund, Asylbewerber | 3 107 551 | 3 299 509 | 2 942 140 | 4 044 982 | 3 987 941 |
| Total (ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrages) | 46 167 729 | 53 999 442 | 41 781 410 | 41 895 335 | 28 536 427 |
| | | | | | |
| Selbstzahler | | | | | |
| Rückzahlungen | 2 500 888 | 3 183 893 | 2 267 828 | 2 129 287 | 3 284 606 |
| Lohn- und Vermögensverwaltung | 753 705 | 672 902 | 395 800 | 276 539 | 248 190 |
| Erbabtretungen | 279 975 | 364 350 | 401 274 | 216 415 | 307 817 |
| Total | 3 534 568 | 4 221 146 | 3 064 902 | 2 622 241 | 3 840 613 |
| | | | | | |
| Verwandte | | | | | |
| Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen | 2 359 213 | 2 611 847 | 2 540 210 | 2 206 635 | 2 136 530 |
| Ehegattenalimente | 321 479 | 352 578 | 373 607 | 357 283 | 233 282 |
| Verwandtenunterstützung | 797 091 | 1 026 122 | 1 144 012 | 803 617 | 828 508 |
| Total | 3 477 783 | 3 990 547 | 4 057 829 | 3 367 534 | 3 197 320 |
| | | | | | |
| Sozialinstitutionen | | | | | |
| IV/BV | 22 248 440 | 27 104 542 | 32 497 987 | 25 815 251 | 28 834 431 |
| AHV/ABV | 2 400 482 | 2 226 072 | 2 292 827 | 2 416 372 | 2 549 220 |
| Arbeitslosenversicherung | 4 680 592 | 5 451 562 | 6 832 128 | 8 069 438 | 5 198 979 |
| Krankenkassen | 6 641 876 | 6 322 637 | 5 501 320 | 4 818 880 | 3 842 149 |
| SUVA | 582 230 | 571 335 | 527 794 | 737 123 | 549 145 |
| Militär- und andere Versicherungen | 723 677 | 697 125 | 655 052 | 375 762 | 582 134 |
| Kinderzulagen | 298 098 | 268 315 | 246 328 | 220 832 | 115 874 |
| Sozialamt, bevorschusste Kinderalimente | 2 924 689 | 2 840 579 | 2 847 043 | 2 450 769 | 2 139 109 |
| Pensionskassen, Renten | 1 398 134 | 1 036 725 | 874 548 | 1 456 881 | 1 010 195 |
| Schulamt, Schulbeiträge | 11 900 | | | | |
| Öffentliche Verwaltungen, Stipendien | 3 914 242 | 3 629 666 | 3 446 897 | 3 442 974 | 2 512 378 |
| Total | 45 824 360 | 50 148 559 | 55 721 924 | 49 804 282 | 47 333 615 |
| | | | | | |
| Total Rückerstattungen | 99 004 441 | 112 359 768 | 104 626 065 | 97 689 392 | 82 907 974 |

Nachdem seit 2002 die Fallzahlen und damit die Gesamtkosten stetig zunahmen, stabilisierten sie sich 2006 auf dem hohen Vorjahresniveau. Die Bruttoauslagen (ohne Krankenkassenprämien) betragen rund 282 Millionen Franken (2005:292).

Kennzahlen Sozialhilfe

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|----------------------|-------|-------|-------|-------|
| Anzahl neue Sozialhilfefälle (inkl. Wiederaufnahmen) | 3958 | 4616 | 4950 | 4718 | 4167 |
| Durchschnittliche Anzahl Sozialhilfefälle mit Auszahlung pro Monat | 9256 | 9131 | 8342 | 7161 | 6181 |
| Anzahl Sozialhilfefälle kumuliert | 13597 | 13799 | 13076 | 11631 | 10419 |
| Anzahl Sozialhilfebeziehende (Personen) kumuliert | 22130 | 22530 | 21513 | 19180 | 17178 |
| Anzahl abgeschlossene Fälle (Juli Vorjahr bis Juni Rechnungsjahr) | 4159 | 4127 | 3569 | 3442 | 3554 |
| Durchschnittliche Sozialhilfequote (Jahresdurchschnitt in %) | 4,6% | 4,5% | 4,1% | 3,6% | 3,1% |
| Kumulative Sozialhilfequote (in Prozenten) | noch nicht verfügbar | 6,6% | 6,3% | 5,6% | 5,1% |
| Infodona: Anzahl beratene Personen (ohne finanzielle Leistungen) | 1413 | 1440 | 1254 | 1199 | 1104 |
| Infodona: Anzahl Beratungen pro Jahr (ohne finanzielle Leistungen) | 3300 | 2942 | 2758 | 2931 | 2748 |

Die jährlich ausgewiesene kumulative Fallzahl blieb praktisch konstant, sie sank geringfügig um 1,4% von 13799 Fälle im Jahr 2005 auf 13597. Die durchschnittliche Fallzahl pro Monat blieb ebenfalls praktisch konstant, sie erhöhte sich um 1,4%, von 9131 auf 9256 Fälle pro Monat.

Bei der Infodona hat die Anzahl Beratungen seit der Schliessung der Beratungsstelle der Fachstelle für interkulturelle Fragen (FiF) im Herbst 2004 kontinuierlich zugenommen, so auch im Berichtsjahr.

Jugend- und Familienhilfe

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|
| Anzahl neue Fälle Jugend- und Familienhilfe (ohne Wiederaufnahmen) | 647 | 684 | 661 | 670 | 668 |
| Anzahl neuer Platzierungen in Heimen | 104 | 157 | 141 | 147 | 146 |
| Anzahl neuer Platzierungen in Pflegefamilien | 9 | 8 | 13 | 20 | 16 |
| Anzahl neuer Platzierungen in Tagesstrukturen | 73 | 92 | 67 | 82 | 51 |
| | | | | | |
| Anzahl Fälle Kleinkinderbetreuungsbeiträge | 374 | 389 | 369 | 388 | 403 |
| Anzahl Alimentenbevorschussungsfälle | 1886 | 1805 | 1802 | 1779 | 1530 |
| Anzahl Schuldner Alimenteninkasso | 3372 | 3420 | 3231 | 3238 | 3069 |
| | | | | | |
| Durchschnittliche Anzahl Platzierungen im Heimen | 415 | 430 | 436 | 435 | 435 |
| Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien | 89 | 99 | 108 | 106 | 94 |
| Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen | 165 | 166 | 152 | 126 | 84 |
| Anzahl Platzierungen in Heimen kumuliert | 572 | 624 | 593 | 589 | 589 |
| Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien kumuliert | 112 | 122 | 130 | 136 | 121 |
| Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen kumuliert | 249 | 260 | 218 | 189 | 129 |
| | | | | | |
| Jugend- und Familienhilfe: Durchschnittliche Anzahl Fälle | 2415 | 2401 | 2325 | 2258 | 2275 |
| Jugend- und Familienhilfe: Anzahl Fälle kumuliert | 3274 | 3209 | 3166 | 3126 | 3084 |
| Jugend- und Familienhilfe: Anzahl abgeschlossene Fälle | 843 | 794 | 836 | 857 | 852 |
| Mütter-/Väterberatung: Anzahl erfasste Kinder | 4816 | 4792 | 4654 | 4388 | 3697 |
| Mütter-/Väterberatung: Anzahl Beratungen | 23 157 | 22 611 | 21 529 | 20 464 | 19 269 |
| Jugendberatung: Anzahl beratene Personen | 429 | 430 | 381 | 371 | 379 |
| Jugendberatung: Anzahl Beratungsstunden | 4907 | 4751 | 5028 | 4821 | 4676 |

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|------|------|------|------|------|
| Schulsozialarbeit: Anzahl SchulsozialarbeiterInnen | 39 | 36 | 26 | 17 | 7 |
| Schulsozialarbeit: Anzahl betreute Schulhäuser | 45 | 42 | 33 | 22 | 12 |
| | | | | | |
| Pflegekinder: Anzahl neue beaufsichtigte Tagesverhältnisse | 78 | 69 | 117 | 134 | 97 |
| Pflegekinder: Anzahl beaufsichtigte Tagesverhältnisse ¹⁾ (Umsatz) | 264 | 286 | 367 | 354 | 313 |
| Pflegekinder: Anzahl durch den Fachbereich Pflegekinder mit- finanzierte Tagesverhältnisse | 89 | 93 | 98 | 87 | 89 |
| Pflegekinder: Anzahl neue be- aufsichtigte Pflegeverhältnisse | 34 | 26 | 25 | 41 | 45 |
| Pflegekinder: Anzahl beaufsichti- gte Pflegeverhältnisse ²⁾ (Umsatz) | 148 | 137 | 169 | 240 | 259 |
| Pflegekinder: Anzahl durch den Fachbereich Pflegekinder mit- finanzierte Pflegeverhältnisse | 11 | 12 | 14 | 18 | 19 |
| Regionale Kinderschutzgruppen: neu gemeldete Fälle | 114 | 108 | 88 | 91 | n.v. |

¹⁾ Tagesverhältnisse, die durch den Tagesfamilien-Verein Zürich oder die Fachstelle Pflegekinder (FPK) betreut, aber alle durch die FPK beaufsichtigt werden

²⁾ Wochen- und Dauerpflegeverhältnisse; ab 2004 ohne Adoptionspflegeverhältnisse

Im Jahr 2006 wurden in den Sozialzentren der Stadt Zürich insgesamt 3274 Fälle der Jugend- und Familienhilfe geführt. Die Anzahl Fälle stieg leicht an, wie stets in den letzten Jahren.

Die Zahl der platzierten Kinder und Jugendlichen sank im Berichtsjahr von 1006 im Jahr 2005 auf 933. Dabei entfallen auf Platzierungen im Heim 572 (624 im Vorjahr), auf Platzierungen in Pflegefamilien 112 (122) und 249 (260) auf Tagesstrukturen wie Krippen, Tagesfamilien, Tageszentren für Jugendliche.

In der Schulsozialarbeit waren 2006 in 45 Schulhäusern insgesamt 39 SchulsozialarbeiterInnen tätig.

Die sieben regionalen Kinderschutzgruppen der Stadt Zürich wurden als Konsultativgremien in 114 Fällen zur Beratung und Begleitung von Kinderschutzfällen beigezogen, was einen leichten Anstieg von 6 Fällen gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|------|------|------|------|------|
| Anzahl neue Erwachsenenschutzmassnahmen | 351 | 338 | 388 | 299 | 286 |
| Anzahl neue Kindesschutzmassnahmen | 274 | 278 | 288 | 229 | 201 |
| | | | | | |
| Anzahl Erwachsenenschutzmassnahmen (kumuliert) | 2969 | 2812 | 2761 | 2651 | 2668 |
| Anzahl Erwachsenenschutzmassnahmen (Jahresdurchschnitt) | 2657 | 2548 | 2425 | 2408 | n.v. |
| Anzahl Kindesschutzmassnahmen (kumuliert) | 1780 | 1785 | 1735 | 1662 | n.v. |
| Anzahl Kindesschutzmassnahmen (Jahresdurchschnitt) | 1518 | 1503 | n.v. | n.v. | n.v. |
| | | | | | |
| Erwachsenen-Schutzmassnahmen-KlientInnen mit Vermögensverwaltung (kumuliert) | 769 | 705 | 678 | 555 | 560 |
| Erwachsenen-Schutzmassnahmen-KlientInnen mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch den Rechtsdienst SDS (kumuliert) | 241 | 261 | 195 | 195 | 171 |
| | | | | | |
| Regelung Vaterschaft, Unterhalt und Sorgerecht: Einvernehmliche Fälle kumuliert | 1132 | 1145 | 1089 | 945 | n.v. |
| Anzahl begleitete private BetreuerInnen (kumuliert) | 1055 | 1069 | 1093 | 990 | 923 |

Im Bereich der Führung zivilrechtlicher Massnahmen für Erwachsene (Beistandschaften, Beiratschaften und Vormundschaften) durch Mitarbeitende der Sozialzentren war im Berichtsjahr eine leichte Zunahme der Fallzahlen zu verzeichnen und zwar sowohl bezüglich der von der Vormundschaftsbehörde neu zugewiesenen Massnahmen als auch beim durchschnittlichen Fallbestand. Die Fallzahlen im Bereich der zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen (Erziehungsbeistandschaften mit und ohne Einschränkung von elterlicher Sorge, Beistandschaften im Zusammenhang mit Besuchsrechtsregelungen, Vertretungsbeistandschaften und Vormundschaften) bewegten sich im Rahmen der Vorjahre. Die Begleitung von privaten Beiständinnen und Beiständen wurde ebenfalls im bisherigen Ausmass angeboten.

Soziokultur und Gemeinwesenarbeit

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---|---------|---------|---------|---------|---------|
| Erholung und Freizeit: | | | | | |
| Anzahl Öffnungsstunden der Begegnungsorte | 19842 | 21 652 | 22 165 | 18 315 | 16 809 |
| Anzahl Veranstaltungen | 4398 | 4079 | 4176 | 3438 | 3210 |
| Anzahl BesucherInnen von Veranstaltungen | 131 928 | 114 677 | 125 503 | 119 414 | 108 137 |
| | | | | | |
| Bildung, Kreativität, Kunst: | | | | | |
| Anzahl Bildungsangebote | 5580 | 5494 | 8394 | 8599 | 7821 |
| Anzahl TeilnehmerInnen an Bildungsangeboten | 62 930 | 71 273 | 94 715 | 85 389 | 82 659 |
| Anzahl Supportstunden für Eigeninitiativen | 18 388 | 18 342 | 19 950 | 19 237 | 16 249 |
| | | | | | |
| Soziale Stadtentwicklung: | | | | | |
| Anzahl Projekte zur Gemeinwesenentwicklung | 142 | 148 | 92 | 93 | 96 |

4.6 Soziale Einrichtungen und Betriebe

4.6.1 Aufgaben

Die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) führen Einrichtungen, Betriebe und Programme, in denen Menschen sozial und gesellschaftlich integriert werden.

- Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach umfasst Akutunterkünfte, begleitetes Wohnen, Notwohnungen und Heime.
- Der Geschäftsbereich Sucht und Drogen führt ein breites Angebot an präventiven, sozialen, therapeutischen und medizinischen Hilfestellungen für Suchtmittel konsumierende Menschen.
- Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung umfasst elf Kindertagesstätten, darunter drei Kinderhäuser mit erweitertem Auftrag in ihren Quartieren.
- Der Geschäftsbereich Arbeitsintegration führt Betriebe und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden, erwerbslosen Jugendlichen und IV-Beziehenden.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

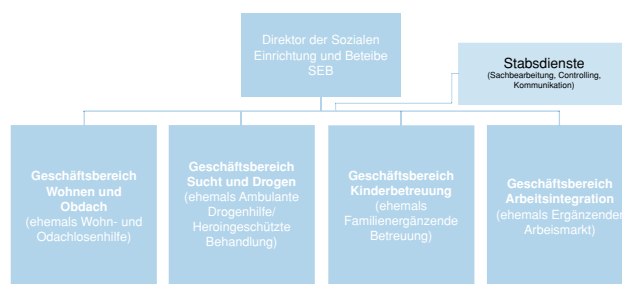
Organisation

Ein organisationsübergreifender Schwerpunkt war in den SEB im Jahr 2006 die bedarfsgerechte Entwicklung und Ausrichtung ihrer Leistungen. So wurden Angebote eröffnet, erweitert, umpositioniert oder geschlossen. Vielerorts sind auch interne Prozesse geklärt oder eigentliche Reengenerierungs durchgeführt worden. Die wichtigsten Ereignisse aus den vier Geschäftsbereichen sind nachfolgend festgehalten.

Bei der Gründung der neuen Dienstabteilung Soziale Einrichtungen und Betriebe im Jahr 2005 wurde die Erarbeitung eines eigenen Erscheinungsbildes mit Blick auf das zu erwartende überarbeitete städtische Erscheinungsbild zurückgestellt. Ende 2006 können die SEB nun einen frischen und eigenständigen gestalterischen Auftritt innerhalb der städtischen Dachmarkenstrategie präsentieren. Im Rahmen der Umsetzung der städtischen Vorgaben sind auch die Namen der vier Geschäftsbereiche geklärt worden.

Die Informationsmappen der Sozialen Einrichtungen und Betriebe können bestellt werden unter: seb@zuerich.ch oder unter 044/412 61 11.

Struktur der Sozialen Einrichtungen und Betriebe



Wohnen und Obdach Neue Einrichtungen und Angebote

Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach nahm im Oktober 2006 zwei neue Einrichtungen in Betrieb: Das Begleitete Wohnen City (Bewo City) und das Begleitete Wohnen Haus Tanne.



Begleitetes Wohnen City: ein neues Angebot für sozial und gesundheitlich beeinträchtigte Personen.

Das Bewo City an der Gerechtigkeitsgasse 26 wurde als betreutes Wohnangebot für sozial und gesundheitlich beeinträchtigte Personen konzipiert, die nicht in der Lage sind, sich in ein reguläres Heim einzufügen. Anstoss für das Bewo City gab die Feststellung, dass chronisch erkrankte, aber wenig kooperative Personen mit langer Karriere als Suchtmittelabhängige in den bestehenden Einrichtungen nicht angemessen betreut werden können. Das neue Angebot wurde am Standort der vormaligen Bürgerstube realisiert. Die notwendigen baulichen Veränderungen der Liegenschaft wurden unter der Federführung des Hochbaudepartements und mit einem einmaligen Baubeitrag des Kantons durchgeführt. Bewo City bietet 19 Einzelzimmer im behindertengerecht umgebauten Wohnhaus. Es ist die erste Einrichtung dieser Art in der Stadt Zürich.

Neu in Betrieb genommen wurde auch das Begleitete Wohnen Haus Tanne, eine betreute Kollektivunterkunft für wohnungslose und obdachlose Familien und Einzelpersonen. Die Einrichtung dient der Notlinderung in dringenden Fällen und nimmt auch Rückwanderer mit spezifischen Indikationen auf. Ziel des Aufenthalts ist der Übertritt in eine Notwohnung oder eine Wohnung im freien Markt. Drei Gründe waren ausschlaggebend: eine marktbedingte Verknappung bei den Notwohnungen für Familien, die guten Erfahrungen mit der im Vorjahr eröffneten Kollektivunterkunft für Familien an der Rieterstrasse (die Einrichtung war Ende September 2006 voll belegt), und der Umstand, dass das Haus Tanne schnell und unbürokratisch von der Asylorganisation übernommen werden konnte.

Sucht und Drogen Prävention an Schulen

Die Jugendberatung Streetwork nahm 2006 zwei neue Dienstleistungen in ihr Angebot auf: Die neuen Suchtpräventionskurse für Schulen stiessen auf grosse Nachfrage: rund 900 Schülerinnen und Schüler aus 50 Klassen wurden seit April 2006 über Risiken und Gefahren des Suchtmittelkonsums informiert. Die Veranstaltungen sind interaktiv aufgebaut und berücksichtigen den Wissensstand der jeweiligen Gruppe Jugendlicher. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der (problematische) Umgang mit Alkohol in den meisten Klassen ein Diskussionsbrennpunkt ist. Der zum zweiten Mal für BerufsschülerInnen der Emil Frey AG durchgeführte Suchtpräventionskurs stiess erneut auf grosses Interesse. Nun wird geklärt, ob der Präventionskurs für Lernende 2007 auf weitere Lehrbetriebe ausgedehnt wird.



Jugendliche erweitern ihre Kenntnisse über Abhängigkeit und die Gefahren verschiedener Suchtmittel.

Das neue Präventionsangebot im Bereich Designerdrogen, das Drogeninformationszentrum (DIZ), nahm im September 2006 den Betrieb auf. Es wird in Kooperation mit der ARUD Zürich geführt und informiert Personen, die Designerdrogen konsumieren in Beratungsgesprächen über Risiken, Gefahren und einen risikoärmeren Konsum. Die Beratung kann mit oder ohne eine damit verbundene Substanzenanalyse in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf ermöglicht die Zusammenarbeit mit «Gesundheit und Information» Gain der ARUD Zürich eine direkte Überführung in eine medizinisch-therapeutische Behandlung. Das jeweils am Samstagnachmittag geöffnete DIZ richtet sich insbesondere an Personen, die nicht in der Partyszene verkehren und daher auch keinen Zugang zu den seit 2001 durchgeführten Testings und den damit verbundenen Beratungsgesprächen an Partyveranstaltungen, in Clubs und an der Streetparade haben.

Neue Standorte für t-alk und Treffpunkt city

Die beiden Treffpunkte city und t-alk für Menschen am Rande der Gesellschaft, konnten 2006 an jeweils neuen Standorten den Betrieb wieder aufnehmen. Der Treffpunkt t-alk, der vor allem von AlkoholikerInnen besucht wird, ist von der Gessnerallee 17 an die Bederstrasse 130 (ehemalige Chäsbaracke) gezogen. Der Treffpunkt city, der im November 2004 als Ersatz für die beiden Einrichtungen Selnautreff und K&A Rieterstrasse entstanden ist, befindet sich seit Oktober 2006 neu an der Gerechtigkeitsgasse 26. Im selben Haus ist auch das Begleitete Wohnen City untergebracht. Im Treffpunkt city ist der Konsum von Alkohol oder illegalen Drogen nicht erlaubt. Er wird besucht von sozial beeinträchtigten Personen mit niederen Einkommen, insbesondere auch von Personen mit psychischen Problemen oder Suchtmittelerkrankungen.

Kinderbetreuung: Säuglinge und Kleinkinder



Grosser Bedarf: Plätze für Säuglinge und Kleinstkinder in Kindertagesstätten.

Der hohe Bedarf an Betreuungsplätzen für Säuglinge und Kleinstkinder in Kitas war im Geschäftsbereich Kinderbetreuung ein thematischer Jahresschwerpunkt. In der Entwicklung neuer Betreuungsmodelle für die Kleinsten leisteten insbesondere die Kinderhäuser Entlisberg und Artergut Pionierarbeit. Ihre Erfahrungen und Erkenntnisse dienten auch für den im April 2006 vom Sozialdepartement publizierten Leitfaden «Säuglinge und Kleinstkinder in Kitas» als wertvolle Grundlage. Der Leitfaden wurde erarbeitet von der Kontaktstelle zur Gründung von Kindertagesstätten in Zusammenarbeit mit dem Kontraktmanagement und der Krippenaufsicht des Sozialdepartements. Grossen Anklang fanden die veranstalteten Fach- und Vernetzungstagungen zum Thema. Der Leitfaden Säuglinge und Kleinstkinder in Kitas kann bezogen werden bei der Kontaktstelle für die Gründung von Kindertagesstätten, Tel. 044 412 64 66.

Arbeitsintegration: Neuausrichtung «konkret»

Im Januar 2006 wurde ein wesentlicher Schritt in der Neuausrichtung Arbeitsintegration konkret: die ersten 41 Teillohnangestellten haben in den drei Pilotbetrieben Elektro-Recycling, Mensa Im Birch und Graffiti-Entfernung «Schöns Züri» ihre

Arbeit aufgenommen. Die Betriebsaufnahmen wurden von einem regen Medieninteresse begleitet.

Die in den drei Pilotbetrieben gesammelten Erfahrungen dienten dazu, Rahmenbedingungen zu definieren für die Überführung bestehender Betriebe in den Teillohn und die Neugründung gemäss Auftragsmöglichkeiten.



Hergestellt von Teillohnangestellten: 1100 Züri-Särge.

Im April 2006 konnte der Auftrag zur Produktion der Züri-Särge übernommen werden. Somit standen in den nun vier Teillohnbetrieben bereits 68 Angestellte im Einsatz. Geeignete Infrastruktur, neue Aufträge und erhöhte Auftragsvolumen erlaubten einen kontinuierlichen Ausbau der Platzzahlen von Anfang Jahr 40 auf den beeindruckenden Stand von 250 Arbeitsplätzen im Dezember 2006. Dies wurde ermöglicht durch einen Umbau und Ausbau bestehender Betriebe.

Die Teillohnangestellten haben im 2006 ansehnliche Produktionsleistungen erbracht:

- Das Elektro-Recycling hat für den Auftraggeber RUAG 770 Tonnen Elektroschrott fraktioniert.
- Die Mensa des Schulhauses Im Birch hat 8500 Mittagessen zubereitet und verkauft.
- Die Graffiti-Entfernung «Schöns Züri» hat jede Woche 3500 Elektroverteilerkästen auf Verschmutzungen kontrolliert und 12 788 Reinigungen vorgenommen.
- In den Produktionsbetrieben Holz sind 1100 Züri-Särge hergestellt worden.

Mit dem Start der Basisbeschäftigung im August 2006 ist die strukturelle Voraussetzung für die volle Umsetzung der Neuausrichtung geschaffen. Die Basisbeschäftigung klärt im Auftrag der Sozialen Dienste (SOD) innerhalb von vier Wochen, welches für die Klientinnen und Klienten der SOD die nächsten Erfolg versprechenden Schritte zur Arbeitsintegration sind. Sie kombiniert die Potenzial- und Perspektivenerhebung mit einem konkreten Arbeitseinsatz. Der Probeauftrag startete Ende August 2006 in Zusammenarbeit mit dem Sozialzentrum Selnau. In den ersten zehn Gruppen wurden 89 Personen aufgenommen. Rund 80% haben die vierwöchige

Abklärung durchlaufen und eine Empfehlungen erhalten. Für 92% von ihnen konnten zuhänden der fallführenden SozialarbeiterInnen einvernehmliche Empfehlung für die geeignete Integrationsmassnahme abgegeben werden. 19 Personen haben den Einsatz nicht zu Ende geführt.

4.6.3 Spezifische Kennzahlen

Wohnen und Obdach

| Plätze | Messgrösse | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|----------------------------------|--------------------|------|------|------|------|------|
| Notschlafstellen ¹⁾ | Bett | 55 | 57 | 57 | 55 | 44 |
| Begleitetes Wohnen | Einzelzimmer | 328 | 329 | 352 | 339 | 348 |
| Begleitetes Wohnen plus | Einzelzimmer | 17 | 17 | 17 | 13 | 14 |
| Begleitetes Wohnen Rieterstrasse | Bett | 42 | 37 | – | – | – |
| Begleitetes Wohnen Haus Tanne | Bett ²⁾ | 31 | – | – | – | – |
| Begleitetes Wohnen City | Einzelzimmer | 19 | – | – | – | – |
| Übergangsheim Wohnwerkstatt | Einzelzimmer | 24 | 24 | 24 | 24 | 24 |
| Werk- und Wohnhaus zur Weid | Bett ²⁾ | 55 | 55 | 55 | 55 | 55 |
| Jugendwohngruppen | Einzelzimmer | 48 | 48 | 45 | 41 | 39 |
| Notwohnungen | Wohnung | 241 | 223 | 201 | 204 | 210 |

¹⁾ Zwei Notschlafstellen

²⁾ in Einzel- und Mehrbettzimmern

Aufenthaltstage/Übernachtungen

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|----------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Notschlafstellen | 9678 | 11 931 | 12 455 | 14 135 | 14 109 |
| Begleitetes Wohnen | 108 767 | 109 575 | 117 321 | 116 627 | 116 482 |
| Begleitetes Wohnen Plus | 4625 | 4887 | 4988 | 4048 | 4055 |
| Begleitetes Wohnen Rieterstrasse | 9067 | 5044 | – | – | – |
| Begleitetes Wohnen Haus Tanne | 946 | – | – | – | – |
| Begleitetes Wohnen City | 415 | – | – | – | – |
| Übergangsheim Wohnwerkstatt | 7887 | 8149 | 8444 | 8210 | 7251 |
| Werk- und Wohnhaus zur Weid | 20 003 | 19 572 | 19 563 | 19 614 | 19 343 |
| Jugendwohngruppen | 16 837 | 16 183 | 14 163 | 13 170 | 12 441 |
| Notwohnungen | 283 970 | 274 265 | 248 930 | 261 340 | 283 240 |

Sucht und Drogen

| Plätze | | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|----------------------------|------|------|------|------|------|
| Kontakt- und Anlaufstellen ¹⁾) | in Aufenthaltsräumen | 124 | 124 | 199 | 191 | 226 |
| | in Injektionsräumen | 24 | 24 | 28 | 27 | 28 |
| | in Rauchräumen | 27 | 27 | 23 | 17 | 17 |
| Treffpunkte city-t-alk ²⁾) | | 74 | 68 | 68 | 32 | 32 |
| Frauenberatung Flora Dora | im Bus | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 |
| Polikliniken Lifeline und Crossline | Heroingestützte Behandlung | 152 | 152 | 140 | 140 | 140 |

Definitionen:

¹⁾) Vier Kontakt- und Anlaufstellen für Drogenkonsumierende

²⁾) Je ein Treffpunkt für Randständige bzw. Alkoholikerinnen und Alkoholiker

Gassenpräsenz

| | Messgrössen | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|---------------------------|--|------|------|------|------|------|
| sip züri | soziale Interventionen ¹⁾) | 4986 | 6228 | 1358 | 1085 | 839 |
| | medizinische Interventionen ¹⁾) | 1114 | 1337 | 643 | 696 | 353 |
| | ordnungsdienstliche Interventionen ¹⁾) | 5410 | 6366 | 4772 | 5619 | 3326 |
| | übrige | 4892 | 5392 | 1890 | 2270 | 1523 |
| Jugendberatung Streetwork | Präsenzstunden Gasse | 3940 | 4444 | 4000 | 3553 | 2874 |
| Frauenberatung Flora Dora | Präsenzstunden Gasse ²⁾) | 1130 | 1020 | 925 | 531 | – |

Definitionen:

¹⁾) Eine Intervention verfolgt das Ziel entweder die soziale Integration, den Gesundheitszustand oder die subjektive Sicherheit zu erhalten bzw. zu verbessern.

²⁾) Durchführung von Grossrundgängen ab 2003

Kinderbetreuung

| Plätze | | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|--|------|------|------|------|------|
| Verbund Artergut ¹⁾) | | 78 | 78 | 78 | 75 | 75 |
| Verbund Entlisberg ²⁾) | | 162 | 156 | 152 | 148 | 144 |
| Verbund Schwamendingen ³⁾) | | 76 | 76 | 76 | 76 | 76 |

Definitionen:

¹⁾) umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätte In Böden, Frankengasse und Käferhaus

²⁾) umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätte Paradies, Selnau und Hort Selnau

³⁾) umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätte Herbstweg und Mattenhof

Betreute Kinder

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--------------------------------------|------|------|------|------|------|
| Verbund Artergut ¹⁾ | 194 | 181 | 186 | 187 | 168 |
| Verbund Entlisberg ²⁾ | 263 | 274 | 353 | 334 | 311 |
| Verbund Schwamendingen ³⁾ | 142 | 138 | 147 | 148 | 134 |

¹⁾ umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätte In Böden, Frankengasse und Käferhaus

²⁾ umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätte Paradies, Selnau und Hort Selnau

³⁾ umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätte Herbstweg und Mattenhof

Arbeitsintegration

| Jahresarbeitsplätze | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|------|------|------|------|------|
| Teillohnbetriebe | 116 | – | – | – | – |
| Basisbeschäftigung | 10 | – | – | – | – |
| Qualifikationsbetriebe (bis 2005 Arbeit und Qualifikation) | 277 | 387 | 397 | 347 | 337 |
| Berufliche Brückenangebote für Jugendliche ¹⁾ | 17 | – | – | – | – |
| Tage- und stundenweise Beschäftigung ²⁾ | 119 | 297 | 302 | 315 | 108 |
| Regelmässige Beschäftigung | 181 | 176 | 152 | 119 | 79 |
| Motivationssemester | 79 | 83 | 77 | 64 | 53 |
| Fachprogramme (Programm für ALV-Bezugsberechtigte) ³⁾ | 26 | 41 | 36 | 33 | 26 |
| Integrationskurse | 96 | 88 | 83 | 79 | 75 |
| Berufliches Trainingszentrum | 74 | 69 | 63 | 59 | 61 |

¹⁾ Neue Angebote: Blasio und Jugendrestaurant

²⁾ 2006 ohne Jahresarbeitsplätze der Vereine Nahtstelle/Glattwägs; 2005 ohne Vereine Nahtstelle/Glattwägs; 94 Jahresarbeitsplätze

³⁾ Schliessung des Angebotes Grundfisch per 31. Juli 2006

Teilnehmende

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|------|------|------|------|------|
| Teillohnbetriebe | 294 | – | – | – | – |
| Basisbeschäftigung | 128 | – | – | – | – |
| Qualifikationsbetriebe (bis 2005 Arbeit und Qualifikation) | 869 | 1068 | 1008 | 946 | 722 |
| Berufliche Brückenangebote für Jugendliche ¹⁾ | 56 | – | – | – | – |
| Tage- und stundenweise Beschäftigung | 705 | 611 | 560 | 613 | 317 |
| Regelmässige Beschäftigung | 346 | 347 | 286 | 211 | 140 |
| Motivationssemester | 197 | 201 | 200 | 169 | 145 |
| Fachprogramme (für ALV-Bezugsberechtigte) | 103 | 117 | 120 | 117 | 99 |
| Integrationskurse | 240 | 146 | 144 | 159 | 113 |
| Berufliches Trainingszentrum | 149 | 81 | 76 | 72 | 75 |

¹⁾ Neue Angebote: Blasio und Jugendrestaurant

Vermittlungserfolge ¹⁾

| | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 |
|--|------|------|------|------|------|
| Teillohnbetriebe | 35 | – | – | – | – |
| Berufliche Brückenangebote für Jugendliche ²⁾ | 45 | – | – | – | – |
| Qualifikationsbetriebe (bis 2005 Arbeit und Qualifikation) | 37 | 35 | 31 | 33 | 29 |
| Soziale Integration – regelmässige Beschäftigung | 11 | 11 | 8 | 17 | 17 |
| Motivationssemester | 53 | 58 | 68 | 69 | 73 |
| Fachprogramme (Programm für ALV-Bezugsberechtigte) | 53 | 34 | 46 | 41 | 44 |
| Integrationskurse | 69 | 69 | 71 | 73 | 94 |

¹⁾ in Prozent der ausgetretenen Teilnehmenden
²⁾ Neue Angebote: Blasio und Jugendrestaurant

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2006)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|-----------------------------------|----------------------------|--|
| POS 2001/002256 2001/000595 | 25.08.1999 21.11.2001 | Bögle Heinz und Dettli Reto Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums |

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.

Der Stadtrat plant, mittelfristig auf dem Areal «Schütze» im Industriequartier ein neues Schulhaus mit integriertem Quartierzentrum zu erstellen, das den Anliegen des Postulats Rechnung tragen wird. Durch die Verbindung der beiden Bauvorhaben kann mit dem Bezug des neuen Quartierzentrums frühestens in rund acht Jahren gerechnet werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2004/000574 2004/000153 | 24.03.2004 02.06.2004 | Brändle Galliker Anna Jugendarbeitslosigkeit, Massnahmenpaket zur Senkung |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit einem geeigneten Massnahmenpaket die erschreckend hohe Zahl der erwerbslosen Jugendlichen gesenkt werden kann. Dies soll durch eine Intensivierung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes und einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem städtischen Gewerbe und mit den in Zürich angesiedelten Grossfirmen, sowie einer Erhöhung des städtischen Lehrstellenangebots erreicht werden.

Mit dem Volksbeschluss vom 6. Dezember 1987 zur Integration Jugendlicher ins Erwerbsleben verfügt die Stadt Zürich über eine umfassende Rechtsgrundlage für Massnahmen aller Art, die dazu dienen, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die benötigten Mittel für dieses Engagement werden – so der Gemeindebeschluss – vom Gemeinderat jeweils mit dem Voranschlag bewilligt.

Angesichts der andauernd schwierigen Situation für Jugendliche und junge Erwachsene zum Einstieg in die Arbeitswelt, sind die von der Postulantin erwähnten Massnahmen sowie zahlreiche weitere für Jugendliche mit besonders starken Benachteiligungen auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt entwickelt bzw. umgesetzt. An dieser Stelle seien folgende Beispiele genannt:

- Dank der Aktion «Mehr Lehrstellen», die seit mehreren Jahren durchgeführt wird, konnte das Angebot in der Stadt Zürich im Sommer 2006 um gut 200 gegenüber dem Vorjahr erhöht werden, und im Herbst 2006 wurden für den Sommer 2007 bereits 3581 Lehrstellen gemeldet; eine Marke, die seit 15 Jahre nicht mehr erreicht wurde. Das Lehrstellenangebot in der Zürcher Stadtverwaltung hat mit 792 ebenfalls einen bisherigen Höchststand erlangt.
- Die schulischen und berufspraktischen Brückenangebote wurden erheblich ausgebaut. Sie sind für diejenigen Jugendlichen da, die vor dem Einstieg in eine Berufsbildung noch eine weitere Orientierung benötigen, gezielt Wissens- und Kompetenzlücken schliessen und/oder ihre Persönlichkeit weiter entwickeln sollen.
- Schliesslich gibt es Jugendliche und junge Erwachsene, die aufgrund ihrer aktuellen Situation nicht in der Lage sind, eine berufliche oder schulische Ausbildung zu absolvieren. Auch für sie sind niederschwellige Angebote bereit oder befinden sich im Ausbau, die sie Schritt für Schritt in eine Ausbildung und Erwerbstätigkeit führen werden.

Zur Zusammenarbeit mit Gewerbe und Grossfirmen ist festzuhalten, dass gerade die Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen, aber auch von Praktikumsplätzen ohne Intensivierung und Pflege der Kontakte gar nicht möglich gewesen wäre. Die neu gegründete Stiftung «Züri Jobs», als public private partnership, wird – wie im Stiftungszweck eigens verankert – diese Zusammenarbeit zugunsten der beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nochmals fördern.

Das schon bisher beachtliche Engagement der Stadt Zürich im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit soll mit den Partnern aus der Wirtschaft und mit privaten gemeinnützigen Trägerschaften bedarfsgerecht fortgesetzt werden. Den Willen dazu hat auch der Stadtrat mit seinem Legislatorschwerpunkt «Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit, Sicherheit» bekundet.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2005/000409 2005/000118 | 30.03.2005 20.09.2006 | Kunz Hanspeter und Danner Ernst Jugendarbeitslosigkeit und Jugendgewalt, Bekämpfung durch Ausbildungsverbände |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch private Ausbildungsverbände die Zahl der Lehrstellen in der Stadt Zürich erhöht und damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Jugendgewalt geleistet werden kann.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|---|
| POS 2005/000410 2005/000120 | 30.03.2005 20.09.2006 | Kunz Hanspeter und Danner Ernst Lehrstellenproblematik, Sensibilisierung für das duale Bildungssystem bei internationalen Unternehmen und ausländischen Selbstständigerwerbenden |
|-----------------------------------|--------------------------|---|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ohne Stellenvermehrung in der städtischen Verwaltung internationale Unternehmungen und ausländische Selbstständigerwerbende in der Stadt Zürich über das duale Bildungssystem informiert und entsprechend für die Lehrstellenproblematik sensibilisiert werden können.

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|---|------------------------------------|---|
| POS 2005/000549 2005/000167 | 20.04.2005 22.06.2005 | Recher Anja und Glättli Balthasar Cannabiskonsum, Reduktion bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen |
| <i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Jugendliche und junge Erwachsene unterstützt werden können, die bereit sind, ihren Cannabis-Konsum deutlich zu reduzieren bzw. zu beenden.</i> | | |
| POS 2005/000608 2006/000406 | 18.05.2005 20.09.2005 | Bucher Gregor und Herzig Muriel Kernauftrag für eine aufsuchende Lehrstellenschaffung, Unterbreiten eines Erlasses |
| <i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Erlass zu unterbreiten, aufgrund dessen eine Stelle finanziert werden kann, welche «aufsuchende Lehrstellen-Schaffung» als Kernauftrag hat. Diese Stelle soll Verwaltung intern oder z. B. beim Berufslehr-Verbund Zürich (BVZ) angesiedelt werden. Sie soll zudem eng mit den verschiedenen Arbeitgeber-Organisationen (Gewerbeverband z. B.), Greater Zürich Area (Standortmarketing) und anderen ähnlich gelagerten Institutionen die Zusammenarbeit initiieren zwecks Schaffung von Lehrstellen.</i> | | |
| POS 2005/001428 2002/000485 | 23.11.2005 16.12.2005 | Recher Anja Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge |
| <i>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, verstärkt die Mietverträge der KlientInnen der Sozialhilfe auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten zu überprüfen.</i> | | |
| POS 2006/000466 2006/000131 | 28.04.2006 21.06.2006 | FDP-Fraktion Pflegekindervermittlung, Qualitätssicherung |
| <i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,</i> <ul style="list-style-type: none"> – <i>wie eine den hohen Ansprüchen für Kinderbetreuung entsprechende Qualifikation – und deren regelmässige Überprüfung – von Personen und Institutionen sichergestellt werden kann, welche in der privaten Vermittlung von Pflegekindern tätig sind, einschliesslich der sogenannten Timeout-Platzierungen; diese Massnahme ist so lange zu führen, bis der Kanton diese Aufgabe übernimmt;</i> – <i>wie die von privaten Vermittlern bzw. Institutionen getroffenen Massnahmen für die Betreuung der platzierten Pflegekinder regelmässig überprüft werden können.</i> | | |
| MOT 2006/000507 2006/000158 | 08.05.2006 21.06.2006 | AL-Fraktion Soziale Dienste, Erhöhung des Stellenetats |
| <i>Der Stadtrat wird aufgefordert, eine kreditschaffende Weisung zur Erhöhung des Stellenetats bei den Sozialen Diensten vorzulegen, mit der bis Ende 2006 sichergestellt wird, dass die Zahl der in den Quartierteams betreuten Fälle im Jahresmittel 100 pro Vollzeit arbeitenden MitarbeitendeN nicht mehr überschreitet.</i> | | |
| POS 2006/001036 2006/000395 | 20.09.2006 08.11.2006 | Meuli Myrtha und Widler Josef Ferienangebote in der Stadt Zürich, Ausweitung |
| <i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Ferienangebote in der Stadt Zürich auf mehrtägige bis mehrwöchige Angebote ausgeweitet werden und einer weiteren Gruppe von Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle und günstige Feriengestaltung ermöglicht wird.</i> | | |
| POS 2006/001294 2006/000516 | 22.11.2006 29.11.2006 | Mauch Corine und Glättli Balthasar Zürich-Jobs, Vorlage sämtlicher Angebote an die Tripartite Kommission |
| <i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann,</i> <ul style="list-style-type: none"> – <i>dass sämtliche mit Unterstützung der neu zu gründenden Stiftung Zürich-Jobs zu realisierenden oder substantiell zu erweiternden Projekte und Arbeitsangebote zur Arbeitsintegration vorgängig der Tripartiten Kommission vorgelegt werden;</i> – <i>dem Gemeinderat jährlich Bericht erstattet wird über die Entwicklung und die Aktivitäten der Stiftung (Unterstützungsaktivitäten zur Förderung der Arbeitsintegration, gesprochene Beiträge und Sicherheiten, finanzielle Zuwendungen, finanzielle Situation, erreichte Ziele, Organisation der Stiftung usw.) und</i> – <i>jegliche künftige Erhöhung der städtischen Beteiligung dem Gemeinderat entweder mit einer Weisung oder im Rahmen des Voranschlags oder der Zusatzkredite zur Kenntnis und Genehmigung unterbreitet wird.</i> | | |

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|---|------------------------------------|--|
| POS 2006/001301 2006/000523 | 22.11.2006 06.12.2006 | FDP-Fraktion Schulsozialarbeit, Bericht |

Der Stadtrat wird gebeten in einem Bericht zu prüfen, wie wirkungsvoll heute die Schulsozialarbeit in den verschiedenen Schulkreisen eingesetzt wird. Die bisherige Arbeit soll im Bericht gewürdigt werden. Ebenfalls ist in einem Ausblick darzustellen, ob und in welchem Masse eine Stellenvermehrung präventiv gegen Jugendgewalt und Kriminalität wirken kann.

II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|-----------------------------------|----------------------------|---|
| POS 2000/001797 2000/000455 | 20.09.2000 25.10.2000 | Prelicz-Huber Katharina Kinder- und jugendgerechte Stadt, departementsübergreifendes Gesamtkonzept |

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein departementsübergreifendes Gesamtkonzept für eine kinder- und jugendgerechte Stadt, das Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen beinhaltet, erarbeitet werden kann.

Aufgrund intensiver Arbeiten und ausführlicher Diskussionen mit Fachleuten ist der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass das Ziel einer kinder- und jugendgerechten Stadt weniger mit einem Gesamtkonzept im Sinne der Postulantin zu erreichen ist, das in wenigen Jahren veraltet ist. Erfolgversprechender für die (Weiter)Entwicklung einer kinder- und jugendgerechten Stadt ist ein kontinuierlicher politischer und fachlicher Diskurs, der Veränderungen und Trends der Kinder- und Jugendwelt – positiver wie auch problematischer Art – aufnimmt, allfälligen Handlungsbedarf festmacht und entsprechende Massnahmen in die Wege leitet.

Für die Legislatur 2006–2010 hat der Stadtrat unter anderem das Thema «Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit, Sicherheit» als Schwerpunkt gesetzt. In diesem Zusammenhang wurde eine stadträtliche Delegation Jugend gebildet, bestehend aus den Vorstehenden des Polizei-, Schul- und Sport- sowie des Sozialdepartements. Wissen und Erfahrungen von Fachleuten unterschiedlicher Herkunft werden zudem in einem verbindlichen, überdepartementalen und interdisziplinären Gefäss, dem «Fachgremium Jugend», zusammengefasst. Dieses Gremium wird die stadträtliche Delegation beraten und als «Seismograph» für künftige Entwicklungen fungieren.

Die bereits zahlreich laufenden Projekte und Massnahmen sowie allfällige neue Vorhaben werden unter der Federführung der Stadtratsdelegation gebündelt. Mit dieser Konzeption ist gewährleistet, dass sich die Stadt Zürich dem Thema Kinder und Jugendliche mit der nötigen Dynamik widmet und dass «die Jugend» nicht nur bei Problemen in den Fokus der Politik gerät, sondern kontinuierlich angemessene Beachtung findet.

Zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ist in Erinnerung zu rufen, dass Megalphon als Fachstelle für Kinder- und Jugendpartizipation in der Stadt Zürich in der Schule wie im öffentlichen Raum etabliert und departementsübergreifend vernetzt ist. Mit den zahlreichen Kinder- und Jugendprojekten wurde ein breiter Korb von «best practice» erarbeitet. Anstelle eines Kinder- und Jugendparlaments finden in den Quartieren und vor Ort, im Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen Partizipationsprojekte statt. Auf diese Weise wird die Beteiligung sinnlich und physisch erfahrbar und die Veränderungen werden real umgesetzt. Darüber hinaus hat der Stadtrat einen Leitfaden zur Mitwirkung in der Stadt Zürich verabschiedet als Bekenntnis zu einer aktiven Partizipationskultur. In diesem Leitfaden ist auch die Kinder- und Jugendpartizipation fest verankert.

Vor diesem Hintergrund ist das Postulat abzuschreiben.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| MOT 2001/000625 2001/000164 | 21.03.2001 22.05.2002 | Fraktion Sozialdemokratische Partei Kinderbetreuungsplätze, Schaffung zusätzlicher Angebote |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, damit 800 zusätzliche familienergänzende Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter geschaffen werden können. Damit soll der nach wie vor grosse Nachfrageüberhang gedeckt werden.

Die familienergänzende Betreuung im Frühbereich wurde in den letzten Jahren kontinuierlich und stark ausgebaut. Bei der Einreichung der Motion standen 2730 Betreuungsplätze in 119 Kindertagesstätten zur Verfügung. Per 1. Januar 2007 standen 4260 Betreuungsplätze in 170 Kindertagesstätten für gut 6200 Kinder zur Verfügung. Der Souverän hat an der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2005 die familienergänzende Kinderbetreuung in der Gemeindeordnung verankert und dabei festgelegt, dass künftig die Mittel für die familienergänzende Betreuung jährlich im Rahmen des Voranschlags durch den Gemeinderat festgelegt werden. Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 30. November 2005 zur Weisung 389 vom 21. September 2005 (GR Nr. 2005/374) einer zeitlich befristeten Übergangslösung und einer Erhöhung des Rahmenkredits auf 29 Millionen Franken im Jahr 2006 mit dem Schwerpunkt Zürich Nord zugestimmt. Eine neue Verordnung, welche die Elternbeiträge und die subventionierte Leistung regelt, ist in Bearbeitung und wird voraussichtlich Mitte 2007 durch den Gemeinderat verabschiedet.

Der in der Motion geforderte Ausbau des Angebots um 800 Betreuungsplätze ist bereits erfüllt. Damit kann die Motion abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2001/002469 2001/000658 | 19.12.2001 07.04.2004 | Di Concilio Salvatore und 6 Mitunterzeichnende Kindertreff, Realisierung im Kreis 3 |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein Kindertreff im Kreis 3, in der Umgebung des Schulhauses Aemtlar, verwirklicht werden kann.

Die Situation hat sich für Kinder im Kreis 3 nicht wesentlich verändert. Nach wie vor werden die bereits 2005 erwähnten Projekte «Spielinseln» angeboten, bei dem sich Kinder auf kreative Art mit ihrem Wohnumfeld, zum Beispiel den Hinterhöfen, auseinandersetzen, ist der Spielwagen auf der Fritschiwiese installiert und es findet der erfolgreiche Mittagstisch für PrimarschülerInnen im Schulhaus Aemtlar statt. Alle Angebote – wie dazu ergänzend das GZ Heuried – bieten den Kindern im Quartier attraktive Treffpunktmöglichkeiten.

Aufgrund der diversen dezentralen Angebote, die in den letzten Jahren für Kinder im Kreis 3 neu dazu gekommen sind, soll auf die Realisierung eines Kindertreffs verzichtet werden.

Das Postulat kann abgeschrieben werden.

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|-----------------------------------|----------------------------|--|
| POS 2003/001777 2003/000254 | 02.07.2003 30.11.2005 | Roth Mark (SP) Notschlafstelle für Minderjährige, niederschwelliges Angebot |

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Stadt Zürich eine Notschlafstelle mit einem niederschwelligen Betreuungs- und Triageangebot für minderjährige Jugendliche, welche den Sorgerechtsinhabenden kurzzeitig ihren Aufenthaltsort nicht bekannt geben möchten, eingerichtet werden kann. Die Sorgerechtsinhabenden sollen vorerst von den anwesenden Betreuungspersonen informiert werden, dass sich der/die Jugendliche in sicheren Verhältnissen befindet.

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 6. Dezember 2006 (Weisung 75) dem Gemeinderat einen Bericht mit Antrag zur Abschreibung des Postulats vorgelegt.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2004/000401 2004/000078 | 25.02.2004 31.05.2006 | Erfigen Monika und Tuena Mauro Sozialhilfe, Vergabe von Krippen- und Hortplätzen an Konkubinatseltern |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das neue Urteil des Bundesgerichts, wonach bei Zusammenleben eines Paares mit einem gemeinsamen Kind beim Sozialhilfe beanspruchenden Partner die finanziellen Verhältnisse des erwerbstätigen Konkubinatspartners berücksichtigt werden dürfen, auch bei der Vergabe von subventionierten Krippen- und Hortplätzen umgesetzt werden kann.

Seit jeher wird bei der Ermittlung des Elternbeitrags in von der Stadt Zürich subventionierten Betreuungsverhältnissen auf die finanziellen Verhältnisse beider im gleichen Haushalt lebenden Elternteile abgestellt, auch wenn sie unverheiratet sind (Art. 4 des Elternbeitragsreglements). Das Anliegen der Postulanten ist also bereits erfüllt.

Bei der Neuregelung der Elternbeiträge im Rahmen der vom Gemeinderat zu genehmigenden Verordnung über die Kinderbetreuung ist vorgesehen, auch auf die finanziellen Verhältnisse eines Konkubinatspartners/einer Konkubinatspartnerin abzustellen, welche/r nicht gleichzeitig Elternteil ist. Vorausgesetzt ist – wie in der Sozialhilfe – ein mehrjähriges und also stabiles Konkubinatsverhältnis.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|---|
| POS 2004/000614 2004/000164 | 31.03.2004 09.06.2004 | Lauber Gerold und Leiser Albert Sozialdepartement, Aufwandverminderung für das Jahr 2005 |
|-----------------------------------|--------------------------|---|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Nettoaufwand für die nicht durch kantonale oder eidgenössische Gesetze gebundenen Ausgaben im Sozialbereich mit dem Voranschlag 2005 gegenüber dem Voranschlag 2004 um 10 Millionen vermindert werden kann. Damit soll mindestens ein Teil der steigenden Kosten bei den gebundenen Ausgaben und der Auswirkungen der Sanierungsmassnahmen 04 des Kantons aufgefangen werden. Die Kürzungen sollen bei folgenden Produktgruppen vorgenommen werden:

- In erster Priorität:
Führungsunterstützung und Koordination; Spezialaufgaben; Soziokulturelle Begegnungsmöglichkeiten und Gemeinwesenentwicklung; Drogenhilfe; Ergänzende spezialisierte Beratungsangebote.
- In zweiter Priorität:
Wohnen und Obdach; Soziale Integration.

Der Gemeinderat ist zusammen mit dem Voranschlag über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

Das Sozialdepartement hat das Nettoergebnis des ursprünglichen Voranschlages 2005 um insgesamt 8,9 Millionen Franken verbessert (Aufwandminderung Soziale Einrichtungen und Betriebe 5,2 Millionen Franken; Mehrerträge Laufbahnenzentrum 0,5 Millionen Franken; Aufwandminderung Soziale Dienste 3,2 Millionen Franken).

Das Postulat bezieht sich auf das Rechnungsjahr 2005, wurde weitgehend erfüllt und kann abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2005/000547 2005/000165 | 20.04.2005 22.06.2005 | Brändle Galliker Anna und Lauber Gerold Suchtprävention, Verstärkung bei besonders gefährdeten Jugendlichen |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie die Suchtprävention bei besonders gefährdeten Jugendlichen verstärkt werden kann.

Seit 2005 haben die städtische Suchtpräventionsstelle und die Jugendberatung Streetwork die Sekundärprävention im Rahmen der Früherkennung suchtfährdeter Jugendlicher in verschiedenen Bereichen ausgebaut. Folgende Massnahmen wurden und werden auch zukünftig umgesetzt:

- Elternabende zu Früherkennung und Frühintervention bei besonders gefährdeten Jugendlichen;
- Selektive Prävention für Eltern mit Migrationshintergrund;
- Kurse für Jugendliche mit Delikten unter Alkoholeinfluss oder Cannabisverzeigung;
- Kurse für Eltern von kiffenden Jugendlichen;
- Verstärkung der aufsuchenden Jugendberatung an szenenrelevanten Orten;
- Suchtpräventionskurse für Schulen;
- Beratung und Partydrogenprävention im Drogeninformationszentrum (DIZ).

Die im Postulat geforderte Verstärkung der Suchtprävention bei besonders gefährdeten Jugendlichen ist bereits erfüllt worden. Damit kann das Postulat abgeschrieben werden.

| Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr. | Einreichung Überweisung | Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung |
|---|------------------------------------|---|
| POS 2005/000548 2005/000166 | 20.04.2005 22.06.2005 | Bögle Heinz und Berthoud Rosemarie Designerdrogen, Ausbau der Sekundärprävention |

Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie im Bereich der Designerdrogen die Sekundärprävention ausgebaut und die Anzahl mobiler Drogen-tests erhöht werden kann. Dieser Ausbau sollte innerhalb des Sozialdepartements kostenneutral und ohne Stellenausbau erfolgen.

Seit Ende September 2006 betreibt die Jugendberatung Streetwork des Sozialdepartements der Stadt Zürich unter dem Titel «Drogeninformationszentrum (DIZ)» ein neues Angebot zur Designerdrogenprävention. Neben den Beratungsgesprächen werden im DIZ auch Substanzanalysen durchgeführt, wie dies bereits seit 2001 an Partyveranstaltungen in Clubs gemacht wird. Bei der Konzeption des DIZ wurden sämtliche Auflagen des Postulats 2005/000548 (Heinz Bögle und Rosemarie Berthoud) berücksichtigt: Der Ausbau des Angebots im Bereich der Sekundärprävention erfolgte innerhalb des Sozialdepartements kostenneutral und ohne Stellenausbau.

Das Postulat kann daher abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2006/000081 2006/000010 | 18.01.2006 08.02.2006 | Tognella Roger und Lauber Gerold Gemeinnützige Einsatzplätze für Asyl Suchende (GEP), Weiterführung der tripartiten Begleitkommission |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass mit dem Programm Gemeinnützige Einsatzplätze für Asylsuchende GEP die tripartite Begleitkommission weitergeführt wird.

Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 726 vom 28. Juni 2006 eine tripartite Kommission zur Arbeitsintegration geschaffen, die alle Aspekte der vom Sozialdepartement selbst geführten oder finanzierten Angebote zur beruflichen Integration diskutiert und somit auch die Gemeinnützigen Einsatzplätze für Asylsuchende GEP umfasst.

Das Postulat kann somit als erfüllt abgeschrieben werden.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------|--|
| POS 2006/000471 2006/000135 | 03.05.2006 21.06.2006 | Bucher Judith und Traber Christian Fremdplatzierung Jugendlicher, Bericht |
|-----------------------------------|--------------------------|--|

Der Stadtrat wird gebeten, der GPK und dem Gemeinderat raschmöglichst einen Bericht über die Fremdplatzierung von Jugendlichen und über Kontrollmechanismen beim Bezug von Sozialhilfe zu unterbreiten, der Auskunft über folgende Punkte gibt:

- Informationen zu den Geschehnissen in den von den Medien aufgegriffenen Fällen von Platzierungen durch die Firma Time-Out;
- Informationen über die vom Sozialdepartement in diesem Zusammenhang in Auftrag gegebenen Untersuchungen;
- Informationen über allfällige Sorgfaltpflichtverletzungen;
- Informationen über Regelungen und Kontrollmechanismen zur Qualitätssicherung, die bis anhin generell bei Fremdplatzierungen von Jugendlichen gelten;
- Darstellung der bis anhin geltenden Kontrollmechanismen beim Bezug von Sozialhilfe;
- Vorschläge, welche Konsequenzen, Regelungen und Kontrollmechanismen in Zukunft für beide Themenfelder vorzusehen sind.

Mit den Weisungen Nr. 12 vom 7. Juni 2006 und Nr. 37 vom 6. September 2006 hat der Stadtrat dem Gemeinderat zwei ausführliche Berichte vorgelegt mit Anträgen zur Abschreibung dieses Postulats. Der Gemeinderat hat am 24. Januar 2007 diesen Anträgen zugestimmt.